

Wöchentlich 75 Pf., monatlich 2,25 M. (davon 87 Pf. monatlich für Zustellung ins Haus) im voraus zahlbar. Postbezug 3,97 M. einschließlich 60 Pf. Postgebühren- und 72 Pf. Postbefreiungsbühren. Auslandabonnement 5,65 M. pro Monat; für Länder mit ermäßigtem Briefporto 4,85 M.

Bei Anstoß der Lieferung wegen höherer Gewalt besteht kein Anspruch der Abonnenten auf Ersatz.

Ercheinungswelt und Anzeigenpreise siehe am Schluß des redaktionellen Teils.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Donnerstag
29. September 1932
Groß-Berlin 10 Pf.
Auswärts 15 Pf.



Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstr. 3
Fernr.: Dönhoff (A 7) 292-297. Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Volkscheckkonto: Berlin 37 536. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Lindenstr. 3. Dr. G. u. Disk.-Gef., Depositenk., Jerusalemstr. 65/66

„Warum erst jetzt?“

Eine Antwort an unsere Gegner.

Von Paul Löbe.

Zu den beliebtesten Vorwürfen unserer Gegner von rechts und links gehörte bis vor kurzem die Behauptung, die Sozialdemokratie habe es versäumt, ihr sozialistisches Programm durchzuführen, als sie „an der Macht“ war oder doch die stärkste Partei in den deutschen Parlamenten darstellte.

Den Hakenkreuzlern fliegt dieser Einwand schon etwas zaghaft von den Lippen, seit sie selbst die stärkste Partei geworden sind und in diesem Jahre schon zum vierten Male ruhmvolle „Siege“ feierten. Pönglich geht ihnen ein Dämmerchein auf, daß es nicht genügt, die stärkste Partei zu sein, wenn man trotzdem Minderheit geblieben ist, und wenn die anderen Parteien zusammen immer noch die mehreren sind.

Die Nationalsozialisten besaßen seit zwei Jahren 107 Abgeordnete im Deutschen Reichstag, sie zählten seit einem halben Jahre 162 Abgeordnete im Preussischen Landtag, also so viel wie die Sozialdemokratie in ihren günstigsten Zeiten, und sie zogen in den neuen Reichstag mit der unerhörten Zahl von 230 Abgeordneten ein, die vorher noch keine Partei erzielt hatte.

Was aber haben sie mit diesen ansehnlichen Minderheiten ausrichten können? Mit 107 Abgeordneten im Reichstag sind sie ein Jahr lang den Verhandlungen überhaupt ferngeblieben und haben in dem anderen nicht eine einzige ihrer Forderungen durchsetzen können.

Mit 162 Abgeordneten im Preussischen Landtag hat es zwar zu erheblichen Schimpfanreden im Plenum und zu unendlichen Palavern in den Untersuchungsausschüssen gereicht, aber nicht einmal eine Regierung nach ihrem Wunsch hat gebildet oder ein Ministerpräsident hat gewählt werden können. Es fehlt ihnen eben die Mehrheit, wie sie uns all die Jahre hindurch gefehlt hat.

Mit 230 Abgeordneten, einem Bloß von stattlichen Ausmaßen, haben sie auch im neuen Reichstag nichts anderes anfangen können, als Koalitionen, Kompromisse mit wessensfremden „undeutschen“ Elementen zu suchen — dieselben Koalitionen, die sie der Sozialdemokratie immer als strafwürdig angekreidelt hatten.

Uns ist das ganz verständlich. Sie hatten allein nicht die Mehrheit und wollten sich eine solche mit anderen zusammen suchen, aber jetzt tönt ihnen aus den eigenen Reihen jeden Tag lauter der Ruf entgegen: Wo bleibt die Erfüllung? Wenn ihr mit 230 Abgeordneten unsere Forderungen nicht durchsetzen könnt, wie durftet ihr es den Sozialdemokraten vorwerfen, die mit 150 oder 130 Abgeordneten nicht zum Ziele kamen?

Der Bauer, der die Zinsnechtschaft schon brechen sah, der Beamte, der die Aufhebung der Gehaltskürzung erwartete, der Angestellte, dem ein sicheres Dasein versprochen wurde, der S. A. Mann, sie alle sind mißtrauisch geworden, denn sie sehen enttäuscht, es geht der gleiche Kuhhandel los, den sie so oft mit Verachtung gegeißelt haben.

Mit der Theorie ließen sich herrliche Gebäude errichten, doch hart im Raum stoßen sich die Dinge. Diese Tatsachen fühlen jetzt auch die Propheten des Dritten Reiches, und damit ist ihre heftige Anklage gegen die Sozialdemokratie hinfällig geworden.

Nicht besser sind auf der anderen Seite die Kommunisten daran, wenn sie auch den Mund mit diesen Vorwürfen noch lauter aufreißen. Seit 13 Jahren empfehlen sie dem deutschen Arbeiter andere Methoden der Durchführung ihrer Forderungen — weiter gebracht aber haben sie es auch damit nicht. Sie sprechen immer wieder von dem „wirklichen, energischen, kompromißlosen, revolutionären Kampf“, ohne sich meist die Mühe zu geben, darzulegen, was sie als solchen ansehen. Immerhin: sieben- oder neunmal haben sie in 12 Jahren zum politischen Massenstreik aufgerufen. Befolgt sind ihnen niemals ihre eigenen Anhänger, geschweige denn die Arbeiterklasse im ganzen. Sie haben es in den ersten Jahren nach der Umwälzung mit Putschern versucht. Auch diese fanden wenig Mitstreiter und brachen zusammen. Die einzige Waffe, mit der sie hin und wieder Erfolge errangen, war der Stimmzettel, derselbe Stimmzettel, den sie den verräterischen Sozialdemokraten als erbärmliche Schwachheit ankreiden. Ueber diesen Stimmzettel hinaus aber haben sie seit ihrer Existenz die Arbeiterschaft zu keiner einzigen ernsthaften Aktion bewegen können und trotz allen Geredes, das sie jetzt wieder aufführen, haben sie ihre Zukunft auch diesmal wieder auf den Stimmzettel gestellt.

Was sie aber inzwischen einsehen mußten, ist, daß alle sozialpolitischen Fortschritte, die in den vergangenen Jahren von den Sozialdemokraten durchgeführt wurden, die gegen ihre eigenen kommunistischen Stimmen beschlossen wurden, jetzt von ihnen als verteidigungswert anzusehen sind. Jetzt sprechen sie vom Raub der Arbeitslosenunterstützung und des Tarifrechts, gegen die sie einst selbst gestimmt haben. Damit gestehen sie selbst ein, daß sie dem Proletariat bessere Kampfmittel als die Sozialdemokratie nicht zu verschaffen wußten, sie sigen ebenfalls auf dem toten Bleis.

Wenn die Sozialdemokraten gerade jetzt den neuen Vorstoß auf Umbau der Wirtschaft unternehmen, so geschieht es, weil die objektiven und die subjektiven Vorbedingungen dafür besser geworden sind. Heute besitzt das Land die Produktionsstätten, die im Jahre 1918/19 nicht vorhanden oder zerstört waren. Heute sind Rohstoffe genügend vorhanden, die das ausgeblutete Land damals nicht besaß, heute ist auch die Erkenntnis von der Unhaltbarkeit der kapitalistischen Ordnung so tief in alle Kreise der Bevölkerung,

weit über Sozialdemokraten und Kommunisten hinaus, gedrungen, daß der Wille zum Umbau der Wirtschaft gewaltig gestiegen, daß ganz andere Menschenmassen aus allen Schichten der Bevölkerung dafür reif geworden sind.

Könnten vor 10 Jahren die Gegner mit einem Schein von Recht behaupten, daß die grundsätzliche Umstellung in der Wirtschaft Deutschlands ein Experiment sei, das die schmale Existenzgrundlage des Volkes noch weiter gefährde, so sind diese Gründe durch die Entfaltung der Produktionskraft hinfällig geworden. Und auch der Appell an die Gesamtheit des Volkes, mit der heutigen Unordnung Schluß zu machen, wird jetzt von Millionen aufgenommen, die ihr früher zweifelnd oder ablehnend gegenüberstanden.

Deshalb darf die Sozialdemokratie nunmehr die sozialistischen Parolen mit doppelter Zuversicht in den Wahlkampf für den 6. November rufen, darf sie mit doppelter Zuversicht den baldigen Beginn der großen Umgestaltung des wirtschaftlichen Lebens fordern.

Bracht schafft vollendete Tatsachen.

Brüstierung des Staatsgerichtshofes.

Im Verfassungskreit Preußen—Reich ist nunmehr Termin zur Hauptverhandlung auf den 10. Oktober, vormittags 10 Uhr, angelegt worden.

In festem zeitlichem Zusammenhang damit hat Herr Bracht, der Kommissar des Kommissars in Preußen, Beamtenernennungen vorgenommen, die vollendete Tatsachen schaffen. Herr Robis ist mit der Stimmführung der preussischen Vertreter im Reichsrat, Herr Candsried zum Bevollmächtigten im Reichsrat ernannt worden. Das Recht des Reichskommissars, die Vertretung im Reichsrat an sich zu reißen, ist von den süddeutschen Ländern auf das heftigste bestritten worden, da auf diese Weise in der Tat das Reich den Reichsrat zu einem willenslosen Instrument in seiner Hand umgestalten könnte. In dieser Frage hat die kommissarische Verwaltung in Preußen fast reißlos sämtliche Staatsrechtslehrer gegen sich.

Die kommissarische Verwaltung hat bisher selbst in ihren Schriftsätzen an den Staatsgerichtshof beteuert, daß sie keine endgültigen Maßnahmen treffen wolle. Diese Ernennungen schaffen endgültige Tatsachen, sie nehmen die Entscheidung des Staatsgerichtshofs in einem wichtigen Punkte vorweg, der namentlich die süddeutschen Länder stark interessiert.

Es muß in diesem Zusammenhang an einen interessanten Parallelfall erinnert werden: Als seinerzeit vor dem Staatsgerichtshof der Prozeß zwischen Preußen und dem Reich wegen der Ernennung eines Vertreters für den Verwaltungsrat der Reichsbahn schwebte, und das Reich Dr. Luther ernannte, ohne die Entscheidung des Staatsgerichtshofs abzuwarten, hat der Reichsgerichtspräsident Simons unter Protest sein Amt niedergelegt, weil er in dieser Ernennung einen unerträglichen Schlag gegen die Autorität des Reichsgerichts sah.

Es entsetzt nun der Eindruck, daß die kommissarische Verwaltung in Preußen unmittelbar vor der Festsetzung des Termins in Leipzig noch schnell die Dinge unter Dach und Fach gebracht hat, die sie nach dem Spruch von Leipzig nicht mehr vornehmen zu können fürchtete! Denn es ist eine Hauptfrage im Prozeß, ob der Reichskommissar mit Hilfe des Artikels 48 Dauermahnahmen in Preußen durchführen darf oder nicht!

Mit diesem Schritt hat die kommissarische Verwaltung gezeigt, daß sie nicht bis zum Spruch von Leipzig Zurückhaltung zu üben gedenkt. Es liegt in diesem Gebaren eine außerordentlich starke Mißachtung des Staatsgerichtshofs.

Auch unter staatsrechtlichem Gesichtspunkt sind diese Ernennungen aufs äußerste ansehbar. Zunächst ist es eine der Streitfragen, ob die durch Herrn Bracht erfolgten Ernennungen rechtmäßig sind. Dann aber ist besonders im Falle Robis folgendes festzustellen:

Herr Robis ist zum Staatssekretär des Staatsministeriums mit Wirkung vom 1. Oktober ab ernannt worden, obwohl Herr Weismann erst zum 1. November ausscheidet. Es gibt also im Monat Oktober zwei Staatssekretäre. Das ist nicht nur inkorrekt, sondern hat auch finanzielle Wirkungen.

Der Staatssekretär muß mit dem Ministerpräsidenten zusammenarbeiten. Wenn Herr Bracht durch einen ordentlichen Ministerpräsidenten ersetzt wird, so wird Herr Robis gehen müssen. Das Land wird dann mit einer Staatssekretärpension belastet, die Herr Robis, der in zwei Jahren pensioniert wird, ohne das Intermezzo Bracht niemals erhalten hätte. Herr Bracht legt so großen Wert auf Verwaltungsreformen und Sparmaßnahmen. Die Beamtenernennungen, die seine Verwaltung vornimmt, haben weder mit Reform noch mit Sparmaßnahmen zu tun. Sie sind Politik, die das Land bezahlen muß!

Preußens Anträge vor dem Staatsgerichtshof.

Nachdem nunmehr feststeht, daß die Verhandlung des Staatsgerichtshofs in Leipzig in dem Verfassungskreit zwischen Preußen und dem Reich am 10. Oktober stattfindet, werden auch die An-

träge Preußens bekannt, die nachstehend im Wortlaut wiedergegeben werden:

I.
1. Die Einsetzung eines Reichskommissars für Preußen mit Befugnissen, a) wie sie die Verordnung, betreffend die Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung im Gebiet des Landes Preußen vom 20. Juli 1932 (RGGBl. I S. 377), dem Reichskanzler übertragen hat, b) wie sie der Reichskanzler und die eingesetzten Kommissare auf Grund dieser Verordnung in Anspruch genommen haben, stand und steht mit der Reichsverfassung nicht in Einklang.

Die genannte Verordnung vom 20. Juli 1932 steht infolgedessen mit der Reichsverfassung nicht in Einklang.

2. Von den vom Reichskanzler und den übrigen Kommissaren vorgenommenen Handlungen standen insbesondere mit der Reichsverfassung nicht in Einklang: a) die Enthebung des Ministerpräsidenten Braun und des Ministers Severing von ihren Ämtern (Schreiben des Reichskanzlers vom 20. Juli), b) die Enthebung der Minister Hirtfelder, Schreiber, Steiger, Schmidt, Grimme und Klepper von den laufenden Geschäften (Schreiben des Reichskanzlers vom 20. Juli), c) die Verlegung von Beamten in den einseitigen Ruhestand auf Grund des § 3 der Preussischen Verordnung vom 26. Februar 1919 (Preussische Gesetzammlung S. 33), d) die Entsendung eigener Bevollmächtigter in den Reichsrat als Vertreter des Landes Preußen und das Bestreiten des Rechtes der Staatsminister und ihrer Bevollmächtigten, im Reichsrat das Land Preußen zu vertreten.

II.
Der Staatsgerichtshof möge ferner erkennen: Das Reich darf sowohl im Wege der Reichsexekution nach Artikel 48 Absatz 1 RVerf., wie im Wege von Maßnahmen nach Artikel 48 Absatz 2 RVerf., die den Ländern nach der Reichsverfassung und nach den Landesverfassungen zustehenden Funktionen der Staatsgewalt nur insoweit an sich ziehen, als dies mit dem bundesstaatlichen Charakter des Reichs vereinbar und nach der Erfüllung der angeblüh verletzten Pflichten des Landes oder zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung notwendig ist.

Insbesondere ist es mit der Reichsverfassung nicht vereinbar, wenn auf Grund des Artikels 48 Absatz 1 oder Absatz 2 a) Mitglieder von Landesregierungen dauernd oder vorübergehend ihres Amtes für verlustig erklärt oder neue Mitglieder von Landesregierungen ernannt werden, b) die Vertretung eines Landes gegenüber dem Reich, namentlich das Recht der Landesregierung zur Ernennung und Anstellung der Reichsratsbevollmächtigten (Artikel 63 RVerf.) aufgehoben, beschränkt oder beeinträchtigt wird, c) Landesbeamte ernannt, befördert, in den Ruhestand versetzt oder entlassen werden, d) Anleihen für Rechnung von Ländern ausgenommen werden.

III.
Der Staatsgerichtshof möge erkennen:
Die in der Rundfunkrede des Reichskanzlers vom 20. Juli 1932 zur Rechtfertigung der Verordnung vom gleichen Tage aufgestellte Behauptung der Reichsregierung, das Land Preußen habe die ihn nach der Reichsverfassung oder den Reichsgesetzen obliegenden Pflichten im Sinne des Artikels 48 Absatz 1 RVerf. deshalb nicht erfüllt,

1. weil die parlamentarische Basis des geschäftsführenden Kabinetts entscheidend von der tatsächlichen Haltung der kommunistischen Partei abhängig sei,

2. weil eine Reihe von maßgeblichen Persönlichkeiten die innere Unabhängigkeit verloren habe, alle erforderlichen Maßnahmen zur Bekämpfung der staatsfeindlichen Betätigung der KPD. zu treffen,

3. weil insbesondere hohe Funktionäre des Staates ihre Hand dazu geboten hätten, Führern der kommunistischen Partei die Verschleierung illegaler Terrorabsichten zu ermöglichen,

4. weil offen ein preussischer Polizeipräsident seine Parteigenossen aufgefordert habe, man möge die Kreise der Kommunisten nicht säubern,

ist nicht begründet und nicht erwiesen.

Streikverbot?

Die Unternehmer fordern. — Sie wissen nur noch nicht was.

Einstweilige Verfügungen gegen Streiks sind nicht neu. Wenn die Schuhfabrikanten von Weissenfels von einem Amtsrichter eine einstweilige Verfügung erwirkt haben, so wird damit ebenförmig das Streikrecht aufgehoben, wie die Pressefreiheit nicht beseitigt wird, wenn jemand eine einstweilige Verfügung gegen die Veröffentlichung einer bestimmten Nachricht in einer bestimmten Zeitung, von einem Richter erwirkt. Wir schreiben das Jahr 1932 und nicht das Jahr 1832, wo man gegen Streikende noch mit Strafen vorgehen konnte.

Die Tatsache der einstweiligen Verfügung, gegen die natürlich sofort Einspruch erhoben worden ist, hat also nichts Aufregendes an sich. Sie bekommt nur ein merkwürdiges Gesicht durch die andere Tatsache, daß in einer Verordnung auf Grund des Artikels 48 den Unternehmern einseitig das Recht zugesprochen worden ist, einen Tarifvertrag nicht einzuhalten.

Es gibt keine Macht der Welt, die es verhindern könnte, daß die Arbeiter sich dagegen wehren. Auch wenn man auf den verrückten Gedanken käme, die Arbeiter oder die „Nadelführer“ bei einem solchen Streik mit Gefängnis zu bestrafen, wird man damit noch nicht die Arbeitsniederlegung verhindern können.

Die Unternehmer sehen bei ihren Forderungen sehr gern über die Gesetze und die Verfassung hinweg. Was aber machen sie in diesem Falle aus der von ihnen immer propagierten Freiheit der Arbeit?

Interessant ist in diesem Zusammenhang ein Telegramm des Gesamtverbandes Deutscher Metallindustrieller an Herrn von Papen. In diesem Telegramm behauptet die Spitzorganisation der Metallindustriellen, daß die Durchführung der Rotorverordnung vom 5. September „aufs höchste gefährdet“ sei, weil auf Anweisung des ADGB und des Metallarbeiterverbandes Lohnherabsetzungen mit Streik beantwortet werden. Die Anschläge, die Lohnherabsetzungen ankündigen, seien wieder zurückgenommen worden, „weil die einzelnen Firmen allein zum Kampf zu schwach und Solidaritätsmaßnahmen der Arbeitgeber unmöglich“ sind.

Worum unmöglich? — Sonst waren die Metallindustriellen doch immer sehr schnell mit Ausperrungsdrohungen bei der Hand. Des Kaisers Lösung ist sehr einfach: die Rotorverordnung begünstigt in ungeheurer Weise die Schmutzkonzurrenz und benachteiligt ebenso stark die anständigen Firmen. Die notleidenden Firmen werden noch notleidender gemacht. Und da soll nun ein Streikverbot helfen, diese Auswirkungen der Rotorverordnung noch zu verschärfen.

Man verlangt von der Regierung „Schritte“. Aber welche Schritte? Die Unternehmer spotten ihrer selbst und ahnen nicht wie sehr.

Herr von Papen!

Verboten Sie Herrn Graef!

In jener Breslauer Stinxbombenversammlung, in der die Vertreter völkischer Belange einander in die Haare gerieten — wir berichteten über sie schon im gestrigen Morgenblatt — tat u. a. der bisherige Reichstagsvizepräsident Graef die folgenden Ausprüche:

„Ich bin beim Reichspräsidenten mit einem schneidigen Schwertlieb dazwischengefahren, als man versuchte, den Parlamentarismus durch Nationalsozialisten und Zentrum zu retten. Wir sind der Meinung, daß es ohne Verfassungsbruch niemals wird abgehen können. Aber Herr von Papen wird das schon besorgen. Wir dürfen zu ihm Vertrauen haben.“

Herr von Papen ist bekanntlich gegen die Behauptung, er sei unter Umständen eines Verfassungsbruchs fähig, äußerst empfindlich, wenn sie im Sinne eines Vorwurfs erhoben wird. Hier wird dieselbe Behauptung im Sinne einer Anerkennung aufgestellt. Was sagt nun Herr von Papen zu dem ihn ehrenden Vertrauen des Reichstagsvizepräsidenten und deutschen Richters Graef? Empfiehlt er es nicht als kompromittierend, daß das Programm der einzigen Partei, die zu ihm hält, ein Programm des Verfassungsbruchs ist?

In ähnlichem Sinn wie Herr Graef in Breslau äußerte sich Herr v. Didenburg-Januschau, die alte Kalenteliste, in Joppot. Nach einigen Komplimenten für Hindenburg, der nun als alter preußischer Offizier wieder „Augen rechts“ mache, sagte er:

„Es riecht hier nach Pulver, und es wird gefochten werden. Wir stehen auf den Trümmern eines niederträchtigen Parlamentarismus, der mit Recht zusammengebrochen ist. Wenn das, was in unserem deutschen Vaterlande geschehen ist, auch für Danzig zutrifft, so ist es ein Glück für beide Teile. Von der Regierung im Reich könne man nur sagen, die Rechtschwendung ist getan, ein Zurück gibt es nicht. Wer zuerst schießt, der gewinnt.“

Auch dieser schiefzweidige Greis ist ein begeisterter Anhänger der gegenwärtigen Regierung. Es ist wirklich eine lebenswürdige, im Inland wie im Ausland Vertrauen erweckende Gesellschaft, die sich da zusammengefunden hat!

Der Deutschnationaler Graef hält es für angezeigt, seine Rede in Breslau zu interpretieren. Aber auch in der Form, die er selbst durch die „Tel.-Union“ verbreiten läßt, gibt er zu, daß er eine „Präsidentenregierung“ wünscht, die nur mit dem Artikel 48 der Verfassung arbeitet, also praktisch den Verfassungsbruch betreibt.

Koburger Nazis als Monarchisten.

Geld für die feinen Leute.

Es ist stille geworden um den Feldzug gegen die feinen Leute, den der Obernazig Goebbels eröffnet hatte. Man will sich wieder vertragen, man möge wieder mit den feinen Leuten, und die feinen Leute wollen mit dem Mantel der christlichen Liebe zudecken, was Goebbels gegen sie zur Sprache gebracht hat.

Wir werden aber gar nicht stille sein, wir werden den Nationalsozialisten immer wieder sehr deutlich zum Bewußtsein bringen, daß sie die Hausknechte und das Gesinde der feinen Leute sind! Der Stadtrat von Koburg, der bekanntlich eine nationalsozialistische Mehrheit hat, hat am 23. September beschlossen, anlässlich der Hochzeit der Prinzessin Sibille mit dem Schwedenprinzen 1200 Mark städtische Mittel für die Ausschmückung der Stadt zu bewilligen. Dabei ist der Etat der Stadt Koburg unausgeglichen. Seit dem Jahre 1930 liegen ständig wachsende Fehlbeträge vor. Die Nationalsozialisten, die landauf landab mit ihrer kommunalen Tätigkeit in Koburg renommieren haben, haben den städtischen Etat vollständig auf den Hund gebracht. Aber 1200 Mark für Dekorationsmaterial für eine Fürstenhochzeit — die bewilligen sie trotzdem gerne auf Kosten der Steuerzahler! Denn das Gesinde der feinen Leute besitzt auch die echte Gesindesgesinnung!

Sturm gegen Bracht.

Der Polizeübergriff im Reichstag. — Scharfer Beschluß des Untersuchungsausschusses.

Im Polizeiuersuchungsausschuss des Preussischen Landtags verlor der Berichterstatter Abg. Möller-Halle (Soz.) zunächst noch einmal den Antrag seiner Fraktion, der die Unterlage für die Untersuchung des Ausschusses bildet.

Beantragt wird die Prüfung der polizeilichen Durchsuchung im Reichstag, und zwar „Berantwortlichkeit, Anlaß, Vorbereitung, Durchführung der Aktion“.

Der Berichterstatter verliest ferner den Polizeipressbericht über die Aktion und einen bei den Akten befindlichen Bericht des Regierungsrats von Werder an den Polizeipräsidenten, in dem es heißt: „Am Abend des 12. September wurde mir vertraulich fernmündlich mitgeteilt, daß im Reichstagsgebäude Sprengstoff lagern sollte. Die außerordentlich gespannte Lage legte daher die Vermutung nahe, daß ein Anschlag auf das Reichstagsgebäude beabsichtigt war. (Nachen.) Ich konnte den Polizeipräsidenten Weicher fernmündlich nicht erreichen. Die Untersuchungssaktion habe ich selbst geleitet.“

Nach dem Bericht des Direktors beim Reichstag Halle habe Halle Herrn von Werder zweimal aufgefordert, die Durchsuchungen sofort einzustellen, da die Genehmigung des Präsidenten nicht zu erlangen sei. Herr von Werder habe jedoch erwidert, er könne dieser Aufforderung nicht folgen,

weil er den ausdrücklichen Auftrag habe, die Hausdurchsuchung unter allen Umständen durchzuführen.

Halle will dann zu dem Führer des uniformierten Polizeikommandos im Reichstag gegangen sein und ihm mitgeteilt haben, er müsse vermuten, daß eine Verbindung bestände zwischen der Durchsuchung und der Unterbringung von Schutzpolizei im Hause. Der Aufforderung, deshalb das Reichstagsgebäude zu verlassen, sei das Polizeikommando nachgegeben, nachdem es sich mit dem Führer der Inspektion in Verbindung gesetzt hatte. Nach dem Bericht Halles sind übrigens am folgenden Morgen ein Polizeioffizier und 25 Uniformierte mit dem Ersuchen erschienen, in dem Hause eingelassen zu werden, sie seien zum Schutz der Fraktion der NSDAP bestimmt. (Heiterkeit.) Als sie nicht eingelassen wurden, hätten sie versucht, Zutritt zum Präsidentenhaus zu erlangen, auch das vergeblich.

Direktor Halle hat daraufhin „aus Vorsichtsgründen“ die Tore vor der Polizei besonders sichern lassen.

Dem Reichskommissar ist, so fährt der Berichterstatter fort, ein kleines Versehen passiert. Wir haben nämlich ein Aktenschild des Ministeriums des Innern bekommen, aus dem man manches erzählt, was wir sicher nicht erfahren sollten. Es findet sich da eine Mitteilung des Polizeipräsidenten an den Reichskommissar Dr. Bracht vom 14. September, in dem es heißt:

„Wenn auch das Vorgehen des Regierungsrats v. Werder formell unzulässig ist und zu einem Erfolg nicht geführt hat, so muß ihm meines Erachtens doch die außerordentlich gespannte Lage und die lobenswerte Absicht, unter solchen Umständen kein Versehen zu begehen, voll zugute gehalten werden. Ich habe ihn angewiesen, in Zukunft die Vorschriften über die besondere Stellung des Reichstags unter allen Umständen zu beachten.“

Darauf hat sich das Ministerium des Innern (Sachbearbeiter Oberregierungsrat Diehls) geäußert:

„Die in der Mitteilung zum Ausdruck gebrachte Rechtsauffassung vermag ich nicht zu teilen. Wenn ich auch die Entschlossenheit anerkenne, die der stellvertretende Leiter der Abteilung I gezeigt hat, um eine einem Reichstagsabgeordneten drohende Lebensgefahr abzuwenden (Nachen), so vermag ich nicht zu billigen, daß er nicht auf jede Weise versucht hat, das Einverständnis des Reichstagspräsidenten einzuholen. Ich bitte, dem Regierungsrat von Werder zu eröffnen, daß ich von ihm erwarte, daß er künftighin gesetzliche und verfassungsmäßige Schranken der von ihm anzuwendenden Polizeigewalt gewissenhaft beobachten wird.“

Der Berichterstatter fügt hinzu: Der Ueberwachungs-ausschuss des Reichstags hat schon am 18. September festgestellt, daß hier ein eklatanter Bruch der Abgeordnetenimmunität vorliegt und die sofortige Bestrafung der verantwortlichen Beamten verlangt.

Der Leiter der politischen Polizei, Kriminaldirektor Scherler, hat am 12. September schon nach 17 Uhr den Alarmzustand insbesondere für die Kriminalbeamten angeordnet, die nachher bei der Durchsuchung des Reichstags verwendet wurden. Vor 17 Uhr waren aber Polizeipräsident Weicher und der stellvertretende Leiter der Abteilung I v. Werder bei dem stellvertretenden Reichskommissar Bracht im Ministerium des Innern. An der Unterredung war auch Oberregierungsrat Diehls beteiligt, der Referent für die kommunistische Bewegung im Ministerium. Die Zusammenhänge scheinen also ziemlich klar zu liegen. Von Werder sagt, er habe den Versuch gemacht, sich mit dem Polizeipräsidenten zu verständigen.

Nach meiner Meinung war das nicht mehr notwendig, denn die Verständigung war schon vorher bei Bracht erfolgt.

Herr v. Werder hat auch nicht versucht, sich mit irgendeiner Stelle des Ministeriums des Innern in Verbindung zu setzen, obwohl es sich um eine politische Aktion handelte und obwohl Diehls auch in seiner Wohnung telephonisch zu erreichen ist.

Abg. Meißnermann (Str.) empfiehlt, der Regierung nahezusetzen, wieder einen Vertreter zu entsenden, da die nun beginnenden Zeugnisaussagen doch auch für sie von Interesse sein dürften.

Der Vorsitzende Schwenk läßt daraufhin das Ministerium telephonisch verständigen.

Der Ausschuss tritt dann in die Neugewernehmung ein. Zunächst wird der Direktor beim Reichstag, Geheimrat Halle, vernommen. Er gibt eine eingehende Schilderung der Vorgänge in der Nacht vom 12. zum 13. September.

Darauf wird Reichstagspräsident Göring als Zeuge vernommen. Im Verlauf seiner Aussagen bekundet er, daß er sich sofort mit allen zuständigen Stellen in Verbindung gesetzt hätte.

Auf Anfrage beim Polizeipräsidenten habe dieser ihm ausdrücklich erklärt, daß er keinen Auftrag zur Durchsuchung des Reichstags gegeben habe.

Dr. Bracht äußerte sich dagegen wesentlich zurückhaltender und sagte, es müsse erst einmal das Untersuchungsergebnis abgemartet werden. Göring erklärte weiter, daß er sich die ihm jetzt noch möglichen Schritte in dieser Angelegenheit vorbehalte. Am nächsten Vormittag, so betonte der Zeuge weiter, erschien im Präsidentenhaus ein Wachmeister mit mehreren Schutzpolizisten, der erklärte, daß er den Auftrag habe, das Haus, in dem eine Fraktions-sitzung der Nationalsozialisten stattfand, zu beschützen. Göring habe diesen Schutz wieder abgelehnt und Dr. Bracht mitgeteilt, wenn noch einmal so etwas passiere, alle technischen Gegenvorrichtungen von sich aus zu treffen. Er hätte in diesem Falle die Schließung des Präsidentenhauses sowie die Bewaffnung der Beamten angeordnet. In der ganzen Angelegenheit sei dann nichts weiter erfolgt. Inoffiziell habe er erfahren, daß Herr von Werder, den man jetzt als Karmisiel herausstellt,

den Auftrag zur Durchsuchung von höherer Stelle erhalten hätte.

Der Hausinspektor des Reichstags, Seranowich, gibt als Zeuge eine lebhaftere Schilderung seiner Erlebnisse in der Nacht zum 13. September. Schon um 11 Uhr abends sei er telephonisch angerufen worden. Am anderen Ende habe sich „General Se-

verin“ gemeldet und gefragt, ob im Reichstag alles in Ordnung sei. Später sei er dann von Kriminalpolizisten aus dem Bett geholt worden. Die Beamten hätten, als er sich anziehen wollte, sogar in sein Schlafzimmer eindringen wollen. Man habe ihn zur Eile gebrängt, weil im Reichstag Bomben mit Zeitzündern gelegt seien. Auch auf der Straße habe alle drei Schritte ein Kriminalbeamter gestanden.

Berichterstatter Möller: Ich bekomme heute ein Stück Papier vom Nachrichtenbüro des Vereins Deutscher Zeitungsorbeiter mit der Ueberschrift: „Politische Polizei bekommt nie Ausfögegenehmigung“. Der Berichterstatter verliest diese für die Presse bestimmte Nachricht und fügt hinzu: „Es ist interessant,

daß der über Nacht zum Ministerialdirektor beförderte Dr. Schöbe, der Vertreter des Reichskommissars, unsere Verhandlungen verlassen hat, ohne dem Vorsitzenden oder mir Mitteilung davon zu machen, und daß er statt direkter Mitteilung an uns es vorgezogen hat, eine Darstellung des Standpunktes, den man gegenüber unseren Beratungen einnimmt, dem Nachrichtenbüro zuzulassen.“

Diese Mitteilung möchte ich beinahe als bewußte Irreföhrung der Öffentlichkeit bezeichnen. Es handelt sich hier um einen ganz schweren Verfassungsbruch, und der Untersuchungsausschuss hat nicht nur das Recht, sondern sogar die Pflicht, solchen Dingen auf den Grund zu gehen. Die Fraktionen werden sich überlegen müssen, ob der Ausschuss nun nicht auch seine Auflösung zu dem Vorgehen des Reichskommissars der Öffentlichkeit mitteilen muß.

In der Nachmittags-sitzung sind Vorschläge für eine Protest-erklärung des Ausschusses gegenüber der Ausfögeverweigerung des Reichskommissars von verschiedenen Fraktionen vorgelegt worden. Der Vorsitzende Schwenk schlägt vor, ein Redaktionskomitee einzusetzen.

Nach einer kurzen Unterbrechung der Sitzung schlägt der Berichterstatter Abg. Möller (Soz.) namens der Redaktionskommission dem Ausschuss folgende Entschlieöung zur Annahme vor:

Durch seine Weigerung, irgendeine Ausfögegenehmigung in der Angelegenheit der Durchsuchung des Reichstags durch Polizeibeamte zu erteilen, hat der Herr Reichskommissar die volle Aufklärung der Vorgänge durch den Polizei-Untersuchungsausschuss zu verhindern versucht. Er hat sich damit in Widerspruch zu der Erklärung gesetzt, die er durch seinen Vertreter am 27. September im Ausschuss hat abgeben lassen. Der Herr Reichskommissar hat das in einem Falle getan, dessen restlose Aufklärung um so dringlicher erscheinen muß, als der Vorwurf eines schweren Verstoöes gegen Bestimmungen der Verfassung in diesem Zusammenhang erhoben und begründet worden ist. Der Ausschuss erhebt gegen dieses Verhalten des Herrn Reichskommissars auf das entschiedenste Einspruch. Der Herr Reichskommissar hat, abweichend von dem Verhalten, das er bei der Ausfögegenehmigung für Polizeibeamte in den vor dem 20. Juli liegenden Fällen gezeigt hat, die Ausfögegenehmigung generell in einem Falle verweigert, in dem er selbst bzw. ihm unterstellte Organe die Verantwortung tragen. Der Ausschuss weist die dem Nachrichtenbüro des Vereins Deutscher Zeitungsorbeiter vom Herrn Reichskommissar für die Verweigerung der Ausfögegenehmigung heute gegebene Erklärung als irreföhrend der öffentlichen Meinung zurück. Zur Sache wird der Untersuchungsausschuss seine Feststellungen auf Grund der vorgelegten Akten und der vernommenen Zeugen treffen.

Der Ausschuss stimmt dieser Entschlieöung mit allen übrigen gegen die Stimmen der Deutschnationalen zu. Im übrigen wird beschloffen, den General Severin zu laden, der nach der Ausföge des Hausinspektors des Reichstags sich am Abend des 12. September erkundigt haben soll, ob im Reichstag alles in Ordnung sei. Ein General Severin ist früher Stadtkommandant von Berlin gewesen. Der Ausschuss will am Donnerstag seine Feststellungen zur Durchsuchung des Reichstags treffen.

Verfammlung verboten!

Hugenberg-Mann darf nicht reden, weil Hitlerbuben jprengen wollen.

Frankfurt a. d. O., 28. September.

Eine Wähler-versammlung der Deutschnationalen wurde auf Anordnung der Ortspolizeibehörde verboten, weil, wie es in der Verfügung heißt, „nach den Umständen eine unmittelbare Gefahr für die öffentliche Sicherheit zu befürchten ist. Die Gefahr ist deshalb unmittelbar, weil ein hoher Grad von Wahrscheinlichkeit dafür vorhanden ist, daß die geplante Verfammlung durch Angehörige der NSDAP, gestört oder gesprengt werden wird.“

Die Gründe der Polizei für das Verbot seien, wie es in einer Mitteilung der deutschnationalen Ortsgruppe heißt, tatsächlich in vollem Umfange zutreffend. Bereits lange vor Beginn der Verfammlung hätten sich in der Logenstraße eine Anzahl von Nationalsozialisten eingefunden, die den zur Verfügung stehenden Raum völlig ausgefüllt hätten. Außerdem seien Mitglieder der Deutschnationalen Volkspartei von den Nationalsozialisten belästigt worden.

Reichsbannerortsguppen werden auf Brachts Anordnung aufgelöst. Nationalsozialistische Spreng- und Brückkolonnen dürfen sogar die Popen-Schutzgarde der Deutschnationalen und Stahlhelmer überfallen und mißhandeln. Von ihrer Auflösung hört man nichts.

Papen-Goldschmidt-Goebbels.

Die Reugier eines kleinen Ornegroö.

Eine „Einheitsfront“ Löbe-Hugenberg und „SPD“ für Papen-Barone“ konzentriert sich in seiner letzten Nummer der „Angriff“. Warum? Weil der Abgeordnete Löbe in seiner Eigenschaft als Vorsitzender im Untersuchungsausschuss die Pflicht hatte, nur Fragen zuzulassen, die zum Beweisthema gehörten. Beweisthema waren die Vorgänge im Reichstag. Wenn Herr Goebbels deshalb die komische Frage damit verband, ob der Reichstanzler schon einmal bei Jakob Goldschmidt gewesen sei, so hätte der Vorsitzende diese Frage zurückweisen müssen. Er hat das aber nicht einmal getan, sondern er hat es dem Reichstanzler als Zeugen anheimgestellt, darauf zu antworten. Der Reichstanzler hat nicht darauf geantwortet, weil es nicht zum Beweisthema gehörte.

Wie würde wohl der aufgeregte Herr Goebbels reagiert haben, wenn ihn jemand nach seinen Besuchen bei irgendeinem gefragt hätte, z. B. bei der Kronprinzessin. Er würde das als ganz unstatthaft empfunden und bei dem gleichen Verhalten des Vorsitzenden wahrscheinlich im „Angriff“, wo täglich seine eigenen Feldentaten veründet werden, geschrieben haben: „Einheitsfront Löbe-Goebbels“. So saglich sind seine Becksprünge. Sie werden nicht länger dadurch, daß er sich in seinem eigenen Blatte porträtieren läßt, wie er zum Reichstag „schreitet“, um „politisch bedeutame Fragen“ zu stellen. Vom Erhabenen zum Lächerlichen ist nur ein Goebbels-schritt!

Emil Orlik gestorben.

Der bekannte Maler und Graphiker Prof. Emil Orlik ist gestern Nachmittag im Alter von 62 Jahren in einem Berliner Sanatorium einem Herzleiden erlegen. Orlik, der in Prag geboren war und in München studierte, hat zu Studienzwecken mehrfache Auslandsreisen durchgeführt, darunter nach England, Holland, Frankreich und Japan. Besonders bekannt sind seine japanischen Radierungen geworden. Auch aus Ägypten und China brachte er reiche Erträge seiner Kunst zurück.

Wenige Tage, nachdem Sleogt in seiner pfälzischen Heimat der Erde übergeben worden ist, kommt die Nachricht vom Tode seines Freundes Emil Orlik. Am Mittwochnachmittag ist Orlik einer Herzmuskelkrämpfe im Franziskanerkrankenhaus zu Berlin erlegen.

Orlik hatte seine Zeit nicht erfüllt, er stand erst im 63. Lebensjahre; eben erst hatte er die Wohnung unter seinem schönen Junggesellenheim am Lühowplatz hinzugemietet, um seine zahllosen Arbeiten und Kunstschätze besser aufstellen und eine Art Privatakademie für seine Vorträge (er sprach gern und gut) und seine Schüler einrichten zu können. Aber dieser überprudelnd lebendige und wirtensfrohe Mensch hatte ein Herz, das empfindlich auf Schicksalsschläge reagierte: der Tod seines Freundes Grünberg vor einigen Monaten griff ihn so heftig an, daß er sich hinlegte und apathisch und pessimistisch zu werden anfing. Die Herzschwäche, deren der ihm innig befreundete Arzt nicht Herr werden konnte, hat ihn jetzt hingestreckt; er folgte dem Kampfgesossen Sleogt auf dem Fuße ins Schattenreich, als ob jener ihn nach sich gezogen hätte.

Wer Orlik gekannt hat, wird erschüttert stehen vor dieser unerwarteten Katastrophe. Eine unendlich reizbare, lebenswarme und liebevolle Menschlichkeit vereinte sich in ihm mit vielseitiger und glücklichster Kunstbegabung, eine Mischung, die Orlik zu einem gesellschaftlichen Mittelpunkt des geistigen Berlins gemacht hat. Seit 1905 gehörte er — der am 21. Juni 1870 in Prag geboren war — der Reichshauptstadt als Akademielehrer an. Was er ihr gegeben hat und was er ihr bedeutete, liegt nur zum Teil in seiner Wirkung als Lehrer und Anreger namentlich auf graphischem Gebiet und in seiner ausgebreiteten Tätigkeit als Porträtist und Maler. Er war eine der bekanntesten und geistreichsten Gestalten des künstlerischen Berlins, die auf keiner Premiere, keiner Ausstellung keinem Künstlerfest fehlte, und die jedem, der Orlik dort einmal getroffen hat, unvergesslich bleiben wird als unermüdlicher Zeichner, dem kein mirakulöses Profil, keine interessante Gruppe entgehen konnte.

Seine kostbarste Hinterlassenschaft besteht vielleicht ebensowohl in seinen großen Gemälden und Radierungen, wie in den unzähligen Skizzen, die er oft auf winzigen Blättchen, heimlich und doch vor aller Augen, hingeschrieben hat, als größter Chroniker Berlins seit Menzels Tode. Er hat dessen Erbe nach dieser Seite recht eigentlich übernommen.

Nun werden wir seinen schönen Grouppopf mit den funkelnden Augen niemals wieder im Gedächtnis sehen, wie er beobachtete und zeichnete. Sein Werk aber überlebt ihn in seiner unbegrenzten Fülle.
Paul F. Schmidt.

Neurath abgereist.

Ohne Aussprache mit Herriot.

Im Hinblick auf die angekündigte Rede, die Herriot am Donnerstag in der Volksversammlung hält, war es am Mittwoch nachmittag wieder fraglich geworden, ob Reichsaussenminister von Neurath Genf tatsächlich noch am selben Abend verlassen würde. Man schien auch auf deutscher Seite zunächst wieder an die Möglichkeit einer deutsch-französischen Aussprache zu glauben. Indessen ist es bei der ursprünglichen Absicht verblieben; Neurath hat Genf gestern Abend verlassen, angeblich, weil er an einer dringenden Kabinettssitzung in Berlin teilnehmen muß.

In Genf wird übrigens behauptet, daß die Spannung zwischen der deutschen und der französischen Regierung gegenwärtig so stark ist, daß eine Begegnung Neurath-Herriot im jetzigen Augenblick doch zu keiner Einigung geführt haben würde.

In Vertretung von Neurath wird der frühere Außenminister von Rosenberg die deutsche Botschaftsdelegation führen. Die Spuren der Cuno-Regierung scheinen also nicht mehr zu schreken.

Auch der Präsident der Abrüstungskonferenz Arthur Henderson ist am Mittwochabend nach London abgereist, um am Parteitag der Arbeiterpartei in Leicester teilzunehmen. Im Laufe des Tages hatte er wieder Besprechungen mit Neurath, Klotz, Stallen, Hymans, Belgien, Madariaga, Spanien und mit Benech, dem Wortführer der Kleinen Entente. In einem Kommuniqué erklärt Henderson, er hoffe, daß vor seiner Rückkehr zur nächsten Sitzung am 10. Oktober hinreichende Fortschritte gemacht sein würden, die ihm gestatten könnten, dem Büro in seiner ersten Sitzung einen Bericht vorzulegen und die Prozedur für die Behandlung der Sicherheit und Gleichberechtigung aufzustellen. Diese Neuerung wird dahin ausgelegt, daß zwischen England, Frankreich und Italien ein gemeinsamer Plan vorbereitet werde, in dem Abrüstung und Anerkennung der Gleichberechtigung Schritt für Schritt in ein festes Verhältnis zum Wachsen der Sicherheitsorganisation gebracht werden sollen. Dieser Vorschlag soll der Papen-Regierung bald übermittelt werden.

Deutsche Zahlungen an Amerika gestundet.

Washington, 28. September.

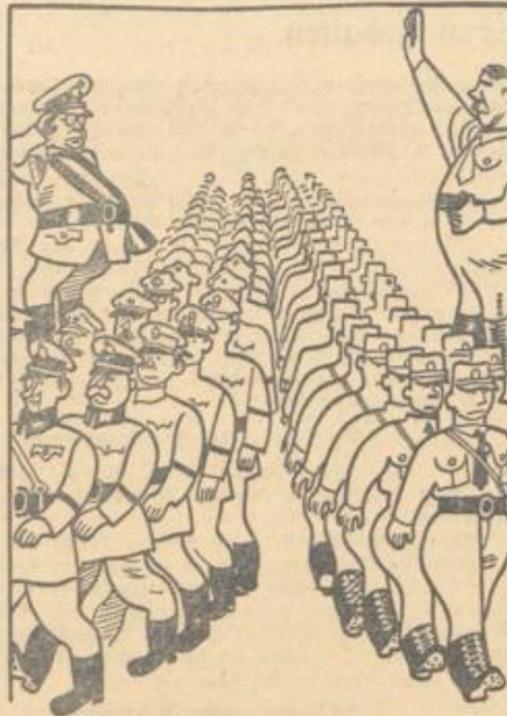
Das Schatzamt gibt bekannt, daß die Regierung der vertragsmäßig vorgesehenen Stundung der am Freitag fälligen deutschen Zahlungen für gemilderte Forderungen und Befreiungskosten in einer Gesamthöhe von 7,8 Milliarden Dollar zugestimmt habe.

Keine Gemeindevahlen am 6. November

Große Mehrheit für Einspruch im Staatsrat.

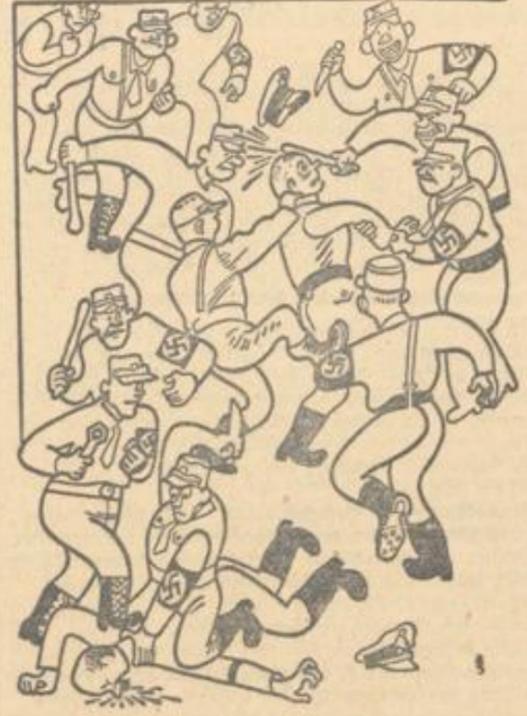
Ueber das mit den Stimmen der Nationalsozialisten und Kommunisten im Preussischen Landtag beschlossene Gesetz, durch das in Preußen die Gemeindevahlen aufgeschoben werden sollten und ihre Neuwahl am 6. November mit der Reichstagswahl zusammen erfolgt wäre, hat am Mittwoch ein Ausschuss des Preussischen Staatsrats beraten. Der Ausschuss beschloß, nach einem Bericht des Parteiführers Dr. Caspari-Berlin, mit allen Stimmen gegen die Stimme des Kommunisten Einspruch gegen dieses Gesetz zu erheben. Das Plenum des Preussischen Staatsrats wird am Donnerstag die gleiche Stellung einnehmen. Hierdurch ist mit einer Auflösung der preussischen Landesparlamente nicht zu rechnen, weil der Landtag seinen einmal gefassten Beschluß nur durchführen könnte, wenn er ihn mit einer Zweidrittelmehrheit wiederholen würde. Diese Zweidrittelmehrheit ist bei diesem Beschluß nach der bisherigen Abstimmung im Preussischen Landtag nicht vorhanden.

Harzburg



Getrennt marschieren . . .

Breslau



. . . vereint schlagen!

Macdonald in Nöten.

Rücktritt der linksliberalen Minister und Snowdens vollzogen.

Der mehrfach angekündigte Rücktritt der freihändlerischen Mitglieder des „nationalen Kabinetts“ Macdonalds ist gestern mittag offiziell vollzogen worden.

Lord Philip Snowden, Sir Herbert Samuel und Sir A. Sinclair verließen die hinausgeschleubte der gesetzgeberischen Durchführung jener Beschlüsse von Ottawa durchzuführen, die einen schutzöllnerischen Charakter tragen und die momentlich eine Verteuerung der Lebensmittel in England zur Folge haben dürften. Die Mehrheit des Kabinetts erklärte jedoch eine solche Vertagung für unmöglich, worauf die drei Kabinettsmitglieder enögültig ihren Rücktritt erklärten. Sieben weitere linksliberale Mitglieder der erweiterten Regierung sind am Nachmittag diesem Beispiel gefolgt.

Die Nachfolger bereits ernannt.

London, 28. September.

John Gilmour (konservativ) ist zum Staatssekretär des Innern, Walter Elliott (kons.) zum Staatssekretär für die Landwirtschaft ernannt worden, Gadsden Collins (rechtsliberal) wird Staatssekretär für Schottland.

Die Lords Crewe, Reading und Grey erklärten sich mit der Haltung der ausgeschiedenen liberalen Minister solidarisch.

Die Scheidenden greifen Macdonald an.

London, 28. September.

Am Mittwochabend wurde der Brief veröffentlicht, in dem die liberalen Minister der Sir-Herbert-Samuel-Gruppe dem Ministerpräsidenten ihren Rücktritt mitteilen. Sie erklären, sie hätten sich der nationalen Regierung angeschlossen, um bei der Befreiung Englands von den schweren wirtschaftlichen und finanziellen Schwierigkeiten mitzuhelfen. Die wichtigsten Aufgaben, wie die Rettung des Pfundes, die Wiederherstellung des nationalen Kredits, seien erfolgreich erfüllt worden. Die nächste Aufgabe wäre gemessen.

die Welt von den Zollmauern, Kontingenten und anderen Handelsbeschränkungen zu befreien.

da sie das größte Hindernis für eine Wiederherstellung der Wohlfahrt seien. Statt dessen habe die englische Regierung ein ungeheures und verwickelteres System ähnlicher Beschränkungen aufgebaut, das für eine lange Dauer berechnet sei. Die Ergebnisse seien aber völlig unbefriedigend und hätten zu einem starken Nachlassen der englischen Ausfuhr, zum Auflegen von Hunderttausenden von Schiffstonnen und zur Erhöhung der Arbeitslosigkeit beigetragen. Die liberalen Minister legen dann im einzelnen ihre Einwände gegen die Ottawaer Abmachungen dar. Insbesondere wird auf die kommende Weltwirtschaftskonferenz hingewiesen, auf der England freie Hände haben müsse, um mit den anderen Nationen partei-

hafte Abmachungen im Interesse einer Vergrößerung des englischen Ausfuhrhandels abschließen zu können. Dies sei durch die Ottawaer Abmachungen unmöglich gemacht worden. Die beabsichtigte

Kündigung des Handelsvertrages mit Rußland

bedeute eine schwere Schädigung für den englischen Ausfuhrhandel. Ferner wird darauf hingewiesen, daß die englische Schutzpolitik eine Erhöhung der Lebensmittelpreise zur Folge gehabt habe. Abschließend teilen dann die Minister ihren Rücktritt mit. Sie versichern aber der Regierung, daß sie sie in allen anderen Fragen mit Ausnahme der sich aus den Ottawaer Abmachungen ergebenden Problemen unterstützen würden.

In einem sechs Seiten langen Brief teilt auch Snowden die Gründe seines Rücktritts mit. Er bedauert zunächst, daß er die 40 Jahre enge politische Zusammenarbeit mit Macdonald brechen

müsse. Er könne jedoch nicht, ohne alle Selbstachtung zu verlieren, ein Mitglied einer Regierung bleiben, deren Politik eine Katastrophe für die Wohlfahrt Englands bedeute. Sie müßte zu einem Auseinanderfallen des englischen Reichs führen und sei mit großen Gefahren für die internationalen Beziehungen Englands verbunden. Die Politik der nationalen Regierung habe sich im Laufe ihrer Amtszeit völlig geändert und sei den ursprünglich angegebenen Zielen nicht mehr treu geblieben. Er sei seinerzeit auf die Versicherung Macdonalds und Baldwin's hin in die Regierung eingetreten, daß diese nur für nationale Zwecke arbeite und nicht für Parteiziele ausgenutzt werden solle. Er habe diese Versicherung in gutem Glauben angenommen und sei auch jetzt noch bereit, eine Regierung zu unterstützen, die an diesen Versprechungen festhielte. Statt dessen sei es jedoch immer klarer geworden, daß die protektionistische Seite der Regierung und des Unterhauses entschlossen sei, eine volle Schutzpolitik durchzuführen und dabei Macdonald und ihn (Lord Snowden) als Werkzeuge für die Durchführung dieser konservativen Politik auszunutzen.

Lord Snowden befaßt sich dann eingehend mit der Geschichte der Zollpolitik und erklärt, daß sie eine katastrophale Wirkung für England gehabt und zu ersten Gegenmaßnahmen anderer Staaten geführt habe. Das Ergebnis der Ottawaer Abmachungen sei, daß die Dominionen England diktierten, wo es kaufen solle und wo es kaufen dürfe. Sie hätten die englische finanzielle Autonomie vernichtet und England noch unter die Stellung eines Dominion's heruntergedrückt, da diese in Zukunft die englische Zollpolitik kontrollieren würden. Snowden sagt weiter, daß die eigentlichen Aufgaben der nationalen Regierung, die Rettung des Pfundes, Ausgleich des Haushalts, Durchführung der Konvertierungsmassnahmen, erfolgreich durchgeführt seien, so daß für ihn kein Grund mehr bestehe, länger in der Regierung zu verbleiben.

Macdonalds Verteidigungsversuch

London, 28. September.

Macdonald gab heute Abend zugleich im Namen von Lord Sankley und J. H. Thomas (also der ehemaligen Arbeiterminister, außer Snowden, Red. d. „B.“) eine Erklärung ab, in der er sagt: „Wir haben vor zwölf Monaten beschlossen, alle gewöhnlichen Parteinteressen außer acht zu lassen, und dieser Entschluß besteht auch heute noch fort. Die Aufgabe ist noch nicht erfüllt und kann nicht erfüllt werden, bis man nicht so oder so zu einer Verständigung über Reparationen und Schulden gelangt ist. Wir werden unsere Bemühungen fortsetzen, bis sie erfüllt sind. Erwägungen parteipolitischer Natur würden unseren Einfluß im Lande und in der Welt schwächen und würden die gegenwärtige Bewegung zugunsten eines Wiederaufbaues der Weltwirtschaft schädigen.“

Der dänische Außenminister Munch, der gegenwärtig in Berlin weilte, hatte gestern Unterredungen mit Papen und dem Staatssekretär im Auswärtigen Amt von Bülow. Man nimmt an, daß die Besprechung der Abrüstungskonferenz und besonders dem skandinavischen Vorschlag einer internationalen Rüstungskontrolle galt.

Gömbös' Nachfolger von Karolyi. In Budapest erwartet man mit Bestimmtheit die Ernennung des bisherigen Landesverteidigungsministers Julius Gömbös zum Ministerpräsidenten. Das Portefeuille des Innern soll Tompaanni übernehmen, der nach dem Sturz der Rätefiktur das Justizportefeuille innehatte. Wie verlautet, hat Gömbös ein fertiges „Wirtschaftsankurbelungsprogramm“, das in den letzten 48 Stunden von Fachleuten ausgearbeitet worden ist.

Tagung der Internationale.

Internationale Konferenz soll einberufen werden.

Zürich, 28. September. (Eigenbericht.)

Das erweiterte Büro der Sozialistischen Arbeiter-Internationale hat am 27. und 28. September in Zürich eine Tagung abgehalten. Es waren anwesend de Brouckere und Vandervelde (Belgien), Breitscheld, Crispian, Hilferding und Wels (Deutschland), Blum, Grumbach, Longuet und Renaudel (Frankreich), Compton und Gillies (Großbritannien), Albarza (Holland), Modigliani (Italien), Bauer (Österreich), Ciebermann (Polen), Abramowitsch (Rußland), Soukup und Winter (Tschechoslowakei), Grimm (Schweiz) sowie van Roosbroeck als Kassierer und Adler als Sekretär.

Das Büro nahm einen Bericht des Sekretariats über die internationale Lage entgegen. Es kam zu einer völligen Uebereinstimmung über jene Gesichtspunkte, nach denen die Aktion der S.A.I. in Verbindung mit dem I.G.B. gegen die Ausrüstung und für die allgemeine Abrüstung, die allgemeinen Kontrollregeln unterworfen sein soll, fortgesetzt werden wird.

Das Büro beschloß ferner nach eingehender Debatte, der Exekutive vorzuschlagen, die Einberufung einer Internationalen sozialistischen Konferenz in Aussicht zu nehmen, die die Fragen der Methode des Kampfes der Arbeiterklasse um die Macht und die gegenwärtigen wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse behandeln soll.

Die Leistung des Gesamtverbandes

In der Krise die Front gehalten

Der Gesamtverband hat mit seinem Jahrbuch 1931 seinen zweiten Jahresbericht vorgelegt. Er gibt eine eingehende und eindringliche Uebersicht über die Gewerkschaftsarbeit für mehr als 600 000 Mitglieder, über eine Arbeit, die fast alle materiellen und geistigen Lebensäußerungen der Arbeitnehmerschaft umfaßt und durchdringt. Das Jahrbuch zeigt, unter welch unendlich schwierigen wirtschaftlichen und politischen Verhältnissen Gewerkschaftsarbeit geleistet werden mußte und welcher Anstrengungen es bedurfte, um die Erzeugnisse der Arbeiter zu verteidigen. Gemessen an den geradezu unerhörten Schwierigkeiten,

kann sich die Leistung des Gesamtverbandes sehr wohl sehen lassen. Wohl ist im Berichtsjahr sowohl in privaten wie auch in öffentlichen Betrieben auf dem Gebiet der Lohn- und Sozialpolitik Terrain verloren worden, wohl haben Arbeitslosigkeit und Massenentlassungen auch in öffentlichen Betrieben die Mitgliederbewegung rückläufig beeinflusst —, der Gesamtverband steht jedoch trotz aller Angriffe des Kapitals unerschüttert und gefestigt da. Die Front ist gehalten worden.

Die Abwehrkämpfe der Gemeindearbeiter und Straßenbahner, der Reichs- und Staatsarbeiter, des Postpersonals, der Hafenarbeiter, der Binnenschiffer und Seefleute, der Verkehrs- und Handelsarbeiter im Jahre 1931 zeugen von der Widerstandskraft des Verbandes.

Die Mitgliederbewegung weist einen Rückgang um 8,2 Proz. auf — kein Wunder, angesichts der Sparmassnahmen auch in den öffentlichen Betrieben. Ende 1931 zählte die Organisation 618 312 Mitglieder, darunter 71 939 weibliche und 6864 jugendliche Mitglieder. Trotz der Schwere der Zeit hatte die Organisation

fast 60 000 Neuzugänge und Uebertritte

zu verzeichnen. Die Gesamtauflage der drei Hauptorgane: Gewerkschaft, Beamtengewerkschaft, Hausangestelltenzeitung, betrug am Jahresabschluss 650 000. Der Bildungsarbeit wurde zentral und lokal große Beachtung geschenkt. In den 19 Kursen in der Bundeschule Bernau nahmen 760 Mitglieder teil. Der Schulung der Betriebsräte — in 6142 Betrieben waren 17 513 Verbandsmittglieder als Betriebsräte und Betriebsobleute tätig — hat die Organisation größte Beachtung geschenkt.

Die Einnahmen des Verbandes betragen rund 25 320 000 Mark, die Ausgaben 28 230 000.

Rund 12 Millionen Mark Unterfütungen

wurden geleistet. Die ab 1. Januar 1930 neu eingeführte Invalidenunterstützung erforderte rund 700 000 Mark.

Die Gesamtzahl der Lohnbewegungen betrug 2252 in 608 Orten und 77 816 Betrieben mit 1 046 675 Beschäftigten. Von

den Bewegungen waren 314 erfolgreich, 1066 hatten teilweisen Erfolg, 872 waren erfolglos. Die vierte Rotverordnung vom Dezember vergangenen Jahres, die in den genannten Zahlen nicht eingegriffen ist, erstreckte sich auf 1907 Lohnsätze und 131 Volltarife mit 1 003 000 Beschäftigten. Tarifverträge bestanden Ende des vergangenen Jahres 1888 für 1 003 200 Beschäftigte; davon waren im Gesamtverband organisiert 587 455.

Für rund 31 000 Beamte (heute nach dem Anschluß der Reichsgewerkschaft deutscher Kommunalbeamten sowie der Steuer- und Zollbeamten 41 000) gelten die Bestimmungen der Beamteneinführung. Der Gesamtverband hat in den Abwehrkämpfen der Beamten gegen Gehaltskürzungen usw. Schulter an Schulter mit den übrigen Verbänden des ADGB gestanden. Mit seinen beamteten Mitgliedern ist der Gesamtverband dem ADGB, mit den Angestellten dem IFA-Bund angeschlossen.

Die Vorgänge in der Beamtenebewegung

werden im Jahrbuch eingehend besprochen. Ebenso behandelt es sehr gründlich die Arbeiten der einzelnen Reichsabteilungen und Reichsgruppen.

Einen anschaulichen Uebersicht gibt der Bericht über die Wirtschaftsvorgänge des Jahres 1931; er behandelt im besonderen die öffentliche Wirtschaft; er stellt ihre Krisenfestigkeit gegenüber der privaten Wirtschaft fest. Auch die Lage der deutschen Verkehrswirtschaft sowie die Maßnahmen zur Reglementierung des gewerblichen Kraftverkehrs werden besprochen. Die Orientierung des Jahrbuchs über

die internationalen Beziehungen

des Gesamtverbandes bietet folgende interessante Tatsachen. Der Verband ist an vier internationalen Verbindungen der Arbeitnehmerschaft beteiligt: an der Internationalen Transportarbeiterföderation, die in 36 Ländern 2 415 748 Mitglieder zählt, an der Internationalen Föderation des Personals öffentlicher Betriebe in 16 Ländern mit 558 944 Mitgliedern, an der Internationale des Personals der Post, Telegraphen- und Telephonbetriebe in 39 Ländern mit 432 000 Mitgliedern, und durch die beamteten Mitglieder gehört der Gesamtverband der freigewerkschaftlichen Beamtensinternationalen an, die zur Zeit über 400 000 Mitglieder zählt.

Das Jahrbuch des Gesamtverbandes zeugt von einer ungeheuren Arbeit, von dem eisernen Willen der Funktionäre, die Organisation über die Schwierigkeiten der Zeit hinwegzubringen. Es erbringt den Beweis, daß trotz politischer und wirtschaftlicher Reaktion die Gewerkschaften in der Lage sind, sich mit Erfolg für die Erhaltung des Lebensstandards der deutschen Arbeitnehmerschaft einzusetzen.

77 Prozent arbeitslose Holzarbeiter.

Der „Erfolg“ des Papen-Programms.

Unter den Berliner Holzarbeitern hat auch im zweiten Quartal, über das der Bevollmächtigte, Genosse Freigang, in der Generalversammlung am Dienstag im Gewerkschaftshaus berichtete, die Arbeitslosigkeit nach neue Opfer gefordert. Die Zahl der bei den Arbeitsnachweiser registrierten arbeitslosen Holzarbeiter ist im Laufe des Berichtsquartals von 25 873 auf 27 285 gestiegen. In dieser Erhöhung kommt aber längst nicht die wahre Zahl der arbeitslosen Holzarbeiter zum Ausdruck, denn eine ständig zunehmende Zahl von erwerbslosen Holzarbeitern erscheint nicht mehr auf dem Nachweise zur Stempelkontrolle, weil sie keinerlei Unterfütung mehr beziehen. Diese Arbeitslosen sind natürlich in der Arbeitsmarktsituation „nicht mehr vorhanden“.

Auf die Mitgliederbewegung hat sich die Arbeitslosigkeit nicht mehr so stark ausgewirkt wie in den früheren Quartalen. Die Mitgliederzahl ging in der Berichtszeit um 885 auf 18 713 zurück, von denen nur rund 4300 oder 23 Proz. in Arbeit standen!

Genosse Freigang erläuterte im Anschluß an seinen Geschäftsbericht die Rotverordnung der Reichsregierung vom 4. September sowie die Lohnabbauverordnung vom 5. September. Er erklärte, daß sich die Organisation in den wenigen Branchen, wo noch Tarifverträge bestehen und die Unternehmer von der Lohnabbaubewegung Gebrauch machen wollen, mit allen Kräften gegen diesen Abbau wehren wird.

In der Diskussion wurde von dem Vorsitzenden der „Opposition“ eine so geistlose Kritik an dem Verhalten der freien Gewerkschaften und der Sozialdemokratie am und nach dem 20. Juli geübt, daß es sowohl dem Genossen Harms als Disziplinierungsredner, als auch dem Genossen Freigang in seinem Schlußwort ein leichtes war, diesem Vortragskollektiv heinzulichten. Eine kommunistische Entschiedenheit wurde durch die Zustimmung der Generalversammlung zu den Beschlüssen des Bundesauschusses des ADGB, bezüglich der Rotverordnung erledigt.

Protest der Angestellten der Commerzbank.

Barnung an die Direktion.

Der große Saal der Musiker-Festhalle, ebenso die Galerie, konnte die Zahl der Angestellten der Commerz- und Privatbank nicht fassen, so daß viele überhaupt keinen Einlaß in der Betriebsversammlung am Dienstag fanden. Die gewaltigen Besuch entsprach der Geist der Versammlung. Nach dem einleitenden Referat des dem freigewerkschaftlichen Verband der Bankangestellten angehörenden Betriebsratsvorsitzenden Wisnowski und einer ausführlichen Debatte, in der sowohl Angehörige des Betriebes wie die Sprecher der leitenden Organisationen zu Worte kamen, gelangte eine Resolution einstimmig zur Annahme, in der es u. a. heißt:

„Das Papen-Programm, zu dessen Initiatoren die Banken mitgehören, will — allerdings mit unzulänglichen Mitteln — Arbeitslose wieder in Brot und Arbeit bringen, will die Zahl der Arbeitslosen verringern. Die Direktion der Commerz- und Privatbank aber will neue vermehrte Arbeitslosigkeit schaffen. Die Betriebsversammlung ist der Auffassung, daß der beabsichtigte Abbau in der Lage der Bank keineswegs eine Begründung finden kann. Dieser Abbau ist ebenso unnötig wie schädlich für den Ruf der Bank in der Öffentlichkeit. Die Bank muß Vertrauen werden, sich aber hüten, Mißtrauen zu erzeugen. Abbau aber erzeugt Mißtrauen. Indem die Betriebsversammlung aus allen diesen Gründen nochmals schärfsten Protest gegen die Durchführung des beabsichtigten Personalabbaues erhebt, richtet sie an die Direktion das ebenso eindringliche wie ernste Ersuchen, von den geplanten Maßnahmen Abstand zu nehmen. Sollte sich dann später herausstellen, daß die Erwartungen, welche die Direktion an das Wirtschaftsprogramm der Reichsregierung knüpft, sich nicht erfüllen, d. h. würde Anfang 1933 statt der erwarteten Belebung eine erhebliche Einschränkung des Geschäftsumfanges der Bank zu verzeichnen sein, dann erst würde für die Betriebsversammlung eine neue Situation gegeben sein, mit der sie sich erneut zu beschäftigen hätte.“

Freie Gewerkschafts-Jugend Berlin

Heute, Donnerstag, 19 Uhr, tagen die Gruppen: Südlicher Jugendheim Reichsberger Str. 66. Das moderne Gefängnis. — Tempelhof: Jugendheim, Kasernestraße 4-6. Zugang durch Eingang Götterstraße, hintere Seite der Schule. Kuchentorten und Humoresken aus Alt-Berlin. — Westlich: Jugendheim Leichter Str. 18-19. Die Wädel haben das Wort. — Ostlich: Jugendheim der 17. Volksschule, Gartenstraße, Kirchplatz, Endkalkstein Autodrom 31. Wir machen unseren Preis alleine. — Südlicher Teil: Jugendheim Leichter Str. 18. Unter Abend. — Gewerkschaftshaus: Jugendheim Engelwer 14-23, Saal 11. Entladung des Sturmorgels. — Nordlicher Teil: Jugendheim Schillingstraße 2. 19. Soles Republik. — Was nun? — Westlich: Jugendheim Leichter Str. 22. Wie lernen neue Leben. — Westlicher Teil: Jugendheim Leichter Str. 24. Das Recht in der Tagespolitik. — Südlicher Teil: Jugendheim Leichter Str. 2. Unsere Mitglieder helfen Kameraden über ihre Ferien. — Südlicher Teil: Jugendheim Reichsberger Str. 66. Kampf der Nationalsozialisten gegen die „marxistische“ Kultur. — Westlich: Jugendheim Leichter Str. 3 (Nähe Bahnhof Schillingstraße). Schulplattens: Siegrich wollen wir... — Ostlich: Jugendheim Franzfurter Allee 101 (Königsplatz). Umbau der Wirtschaft. — Jugendgruppe des Verbandes der Wohnungs- und Betriebsarbeiter: Jugendheim Neue Schillingstraße 4-6. Großer Sitzungssaal, Besprechend. — Jugendgruppe des Textilarbeiter-Verbandes: Jugendheim Engelwer 24-25, Aufgang B, 3 Treppen. Spielabend: Gesellschaftsspiele. — Sonntag, 1. Oktober, in der Reichs-Schillingstraße, Berlin R., Kleinfur 49 (U-Bahnhof Röhrenring) — 8-Uhrhalb Schillingstraße (Nähe). In der Wanderschaft der Licht-, Ton- und Radiowellen. 2 Stunden physikalisch-technische Sentenzen. Saalöffnung 19 Uhr. Beginn pünktlich 19 Uhr. Einloßbeitrag 30 Pf.

Jugendgruppe des Zentralverbandes der Angestellten

Heute, Donnerstag, sind folgende Veranstaltungen: Westlich 11: Jugendheim Schillingstraße Str. 11. Arbeitsgemeinschaft. — Westlich: Jugendheim Leichter Str. 19. Abend eigener Ausgestaltung. — Ostlich: Jugendheim der Schule Viktoria Str. 18. Arbeitsgemeinschaft: Aufzüge Kunst. 2. Abend. — Westlich: Jugendheim Leichter Str. 3 (Vrinthaus). Die Perle im Spiegel der Kritik. — Die Freie Angestelltenbank e. G. m. b. H. tagt heute von 19 Uhr bis 22 Uhr im Verbandshaus.

Der „Vorwärts“ erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags und Montags einmal, die Abendausgabe für Berlin und im Handel mit dem Titel „Der Abend“, illustrierte Sonntagsbeilage „Solk und Zeit“.

Anzeigenpreise: Die einspalt. Mittelzeile 30 Pf., Restzeile 2.— Pf., „kleine Anzeigen“ das festgedruckte Wort 20 Pf. (täglich zwei festgedruckte Worte) jedes weitere Wort 10 Pf. Rabatt laut Tarif. Werk über 16 Buchstaben Abbau für zwei Worte. Arbeitsmarkt: Mittelzeile 25 Pf., Familienanzeigen Mittelzeile 10 Pf. Anzeigenannahme im Hauptgeschäftsbüro Lindenstraße 2, wochentäglich von 9 Uhr bis 17 Uhr. Der Verlag behält sich das Recht der Ablehnung nicht genehmigter Anzeigen vor!

Verantwortlich für Politik: Victor Schiff; Wirtschaft: G. Klingenhöfer; Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner; Freiwirtschaft: Herbert Koppert; Soziales und Sonstiges: Feig Kerschke; Anzeigen: Otto Deaght; Anstalt in Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin, Teud: Comaritz-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Carl Singer u. Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 2, Distanz 2 Weilaue.

Sturm im Einzelhandel.

Die Unternehmer fordern die Öffentlichkeit heraus.

Die Unternehmer im Berliner Einzelhandel wollen es offenbar zu einem offenen Kampf mit ihren Angestellten treiben, denn anders kann man es sich nicht erklären, daß sie auch in den Tarifverhandlungen am Dienstag unnahgänglich gelieben sind. Wir berichteten bereits über die Verhandlungen am Sonnabend zum Neuzugang des Mantel- und Gehaltsvertrages für die Einzelhandelsangestellten, bei denen sich die Unternehmer sehr unzugänglich zeigten. Sie hatten aber am Sonnabend erklärt, ihre Abbauforderungen seien keinesfalls ultimat.

Die Verhandlungen am Dienstag haben jedoch gezeigt, daß diese Erklärung entweder nicht ernst gemeint war oder inzwischen an die Unterhändler der Unternehmer eine neue Befehls ergangen ist. Jedenfalls hielten die Unternehmer alle für die Angestellten unannehmbaren Forderungen aufrecht.

Sie bestanden darauf, daß die Gehälter ganz erheblich gekürzt werden, die tarifliche Gehaltsregelung für die gehobenen Angestellten der bisherigen Gehaltsgruppen III und IV in Fortfall kommt, der Urlaub verschlechtert wird usw. Die Einzelhändler, die auf die Kaufkraft der breiten Massen am allerstärksten angewiesen sind, wollen also die Kaufkraft ihrer eigenen Angestellten vernichten. Besonders bezeichnend für das „soziale Verständnis“ der Berliner Einzelhändler war ihre Forderung nach einer untertariflichen Bezahlung der älteren Angestellten, die ihrer Auffassung nach nicht mehr leistungsfähig genug sind. Wir haben noch nicht gehört, daß man auch die

Bezahlung der Direktoren und Aufsichtsräte der Warenhäuser von dem Lebensalter dieser Herren abhängig gemacht hat.

Selbstverständlich haben die Vertreter des Zentralverbandes der Angestellten alle Verschlechterungsanträge zurückgewiesen und die unveränderte Verlängerung der Tarife verlangt. Die Verhandlungen mußten schließlich ergebnislos abgebrochen werden. Die Unternehmer erklärten, den Schlichtungsausschuß, diese früher so verpönte Einrichtung, anrufen zu wollen.

Unter den Einzelhandelsangestellten herrscht über die Forderungen der Unternehmer die größte Empörung. In mehreren Betriebsversammlungen der größeren Kauf- und Warenhäuser ist janz unerbittlich zum Ausdruck gebracht worden, daß die Einzelhandelsangestellten jedem Versuch, ihre schon so lärglichen Gehälter noch mehr zu schmälern, mit allen zulässigen Mitteln entgegenzutreten werden.

Das Barometer steht im Berliner Einzelhandel auf Sturm. Das ist auch den Direktionen der großen Berliner Warenhäuser bekannt; denn sonst hätte in den letzten Tagen ein führendes Berliner Warenhaus sein leitendes Personal nicht mehrmals während der Tischnacht im Hause behalten, um gegen eventuelle „Sympathiegebungen“ ihrer Warenhausbesucher gesichert zu sein. Lenken die Unternehmer nicht bald ein, dann ist für die nächsten Wochen mit ersten Konflikten in vielen Berliner Einzelhandelsbetrieben zu rechnen.

Streik bei Scherl verschärft.

Reinfalltose Verhandlungen.

Der Streik der graphischen Hilfsarbeiter in der Druckerei von Scherl hat sich infolgedessen verschärft, als gestern im Laufe des Tages von dem Versandpersonal sich auch die Zeitungsfabrik gestellten sowie die Hilfsarbeiter in der Buchbinderei. Da die Drucker sich weigerten, mit Streikbrechern zusammenzuarbeiten, wurde ihnen von der Firma bedeutet, daß sie heimgenhen könnten. Ingesamt umfaßt der Konflikt gegenwärtig über 1100 Personen.

Im Laufe des Tages haben gestern mehrfach Verhandlungen zwischen der Firmenleitung und dem Arbeiterrat stattgefunden. Die Bemühungen des Arbeiterrats, den Konflikt beizulegen, sind jedoch gescheitert, weil die Firmenleitung erklärte, daß zu nächst die Arbeit aufgenommen werden müsse, ehe sie in eine „sachliche Prüfung der Lohnlisten“ eintreten könne und weil sie sich auch geweigert hat, sich irgendwie zu einem Lohnausgleich für den Abzug an den Löhnen durch den letzten Schiedsspruch zu verpflichten.

Die Firma läßt durch den Verein Berliner Buchdruckereibesitzer eine Erklärung veröffentlichen, die sich gegen den „Vorwärts“ wendet, und in der Löhne des Hilfspersonals angegeben werden, die derart

sind, daß das Hilfspersonal niemals in Streik treten sein würde, wenn es diese Löhne bekäme. Dann heißt es:

„Der Streik steht im Zusammenhang mit den politischen Abwehrmaßnahmen gegen die wirtschaftlichen Pläne der Reichsregierung, was aus den Verhandlungen zwischen der Geschäftsleitung und dem Arbeiterrat der Firma Scherl über den Streik hervorgeht. Bemerkenswert ist, daß auch die nationalsozialistische Gruppe sich diesem Streik angeschlossen hat.“

Dazu wird uns vom Arbeiterrat erklärt, daß die Vertreter der Firma wohl den Versuch gemacht haben, dem Arbeiterrat derartige Auslegungen zu suggerieren. Der Arbeiterrat hat jedoch kategorisch erklärt, daß gar keine Ursache zu einer Stellungnahme gegen die wirtschaftlichen Pläne der Reichsregierung bestehe, weil der Konflikt damit gar nichts zu tun habe. Wenn auch die nationalsozialistische Gruppe der Hilfsarbeiter sich dem Streik angeschlossen hat, so beweist das, wie stark das Solidaritätsbewußtsein unter der Arbeiterschaft ist.

Abt. 1: SPD-Funktionäre der DDB, Freitag, 19 Uhr, im Warten Saal der Kammerstraße, Teplitzer Str. 1-4, wichtige Sitzung. Die SPD-Funktionäre müssen erscheinen. Parteimitgliedsbuch und Funktionärsausweis legitimieren. Das Betriebssekretariat.

Teppiche
Läuferstoffe
Jacou, Boucle, einfarbig, Haar, etc.

WOLLPLÜSCH	BETTUMRANDUNGEN	TOURNAY
erprobte Marke	Wollplüsch, bekanntes Markenfabrikat in modernen zarten Farben	erprobte Marke
34. 51.	11.60er ca. 20*350 11.60er ca. 30*360	28. 42.
69. 98.	2 Vorlagen ca. 60*130 2 Vorlagen ca. 75*155 mit Franse	62. 85.

Das größte Spezialhaus
Teppich Dursch
Verkauf nur Spandauer Str. 32

Sieg über die Wanzenburg

Erfolgreicher „Vorwärts“-Vorstoß: Forderungen der Mieter erfüllt

Der energische Kampf, den die Mieter der inzwischen verüfflicht gewordenen „Wanzenburg“ am Wolkenmarkt gegen ihren Hauswirt durchgeföhrt haben, hat zu einem erfolgreichen Erfolg geföhrt. Die Mieten sind um durchschnittlich 40 Prozent gesenkt worden, Mietrückstände bis zu sechs Monaten werden gestrichen, das Haus wird renoviert, Ermittlungen dürfen bis auf weiteres nicht erfolgen und außerdem sind die Mietverträge umgeschrieben worden. Im übrigen hat die Staatsanwaltschaft von Amts wegen ein Verfahren wegen Mietwuchers gegen den Hauswirt eingeleitet.

Wie erinnerlich, hat der Mietstand im ehemaligen Stadtvogteigefängnis auf die Initiative des „Vorwärts“ und der sozialdemokratischen Fraktion hin auch den Preussischen Landtag beschäftigt. Es wurde ein Antrag der Sozialdemokraten angenommen, nach dem der Pachtvertrag zwischen dem preussischen Fiskus und den Schippanowskischen Erben zum ultimo Dezember 1933 gelöst wird. Aller Voraussicht nach dürfte dann das Haus Wolkenmarkt 1 wieder in die Hände des Staats jurischfallen. Der Pächter hat für das Gebäude jährlich nur 1750 M. Pacht entrichten müssen, aber von den 110 Mietern geradezu ungeheuerliche Mieten verlangt.

So kostete eine nur 9 Quadratmeter große ehemalige Gefängniszelle 21,50 M. monatlichen Mietzins. Auf Grund dieser Tatsachen hat jetzt die Staatsanwaltschaft ein Verfahren gegen die Pächter wegen Mietwuchers eingeleitet. Inzwischen ist auch der Verwalter Breesmann, der mehrmals das Gebäude nur noch unter Polizeischutz betreten hatte, entfernt worden.

Der Mietzins stellt sich jetzt wie folgt: für die etwa 8 bis 12 Quadratmeter großen Wohnungen, die bisher rund 22 M. kosteten, sind jetzt nur noch 12,90 M. monatlich zu zahlen. Die 12 bis 15 Quadratmeter großen Wohnungen kosten ab 1. September 14,75 M., bisher 24,50 und 26,50 M. Die 15 bis 20 Quadratmeter großen Wohnungen kosten nun 17,70 M., bisher 29,50 und 32,50 M. Und schließlich sind für die über 20 Quadratmeter großen Wohnungen in Zukunft nur noch 22,15 M. pro Monat zu zahlen, im Gegensatz zu früher mit 36,90 M. Diese Mietentfahrungen betragen demnach im Einzelnen bis zu 42 Proz. Damit ist also fast die gesamte Forderung der Mieter erfüllt, die 50 Proz. Mietentfahrungen betragen hatte.

Dann sind die Mietverträge abgeändert worden. Die ehemaligen Gefängnisräume werden nicht mehr als „Wohnungen“ vermietet, sondern nur noch als Kochstuben. Festgelegt wurde

auch, daß alle Mietrückstände bis zu sechs Monaten niedergeschlagen werden. Laufende Ermittlungsklagen werden zurückgezogen, erst gegen diejenigen Mieter, die in Zukunft zwei Monate der neuen Miete rückständig bleiben, darf die Räumungsklage erhoben werden. In zwei Fällen mußten allerdings Räumungen erfolgen, da die Baupolizei diese Räume als nicht bewohnbar erklärt hatte; die Mieter sind inzwischen anderweit untergebracht worden. Ein bisher bewohnter Kellerraum wird als Waschküche hergerichtet, ein in den oberen Stockwerken gelegener Raum als Trockenboden. Somit brauchen die unglücklichen Mieter ihre Wünsche nicht mehr in den Wohnungen trocken.

Am Dienstag beschloß eine Kommission der Preussischen Bau- und Finanzdirektion die „Wanzenburg“. Die Kommission, die entseht über die dort herrschenden Zustände war, gab dem Pächter auf, innerhalb von 14 Tagen mit einer durchgreifenden Renovierung des Gebäudes zu beginnen. In 14 Tagen wird die Kommission nochmals nachsehen, ob ihre Befehle befolgt worden sind. Ist dies nicht der Fall, dann werden die gesamten Mieten in Zukunft beschlagnahmt.

Vorkauflich werden 17½ Prozent von den monatlichen Mieten abgezwickelt und zur Verfügung des Mieterausschusses gestellt.

Dieser hat damit die dringlichsten Reparaturen auszuführen. Seit etwa acht Tagen ist der Kammerjäger in den „Wanzenburg“. Wohnung für Wohnung wird entwanzt und ausgeschwefelt. Die Wohnungen sind vom Ungeziefer dermaßen verseucht, daß der Kammerjäger täglich nur zwei Wohnungen schaffen kann. Seit acht Tagen sind auch die Maler da. Auch sie nehmen sich Wohnung um Wohnung vor, putzen Decken und Wände und streichen dann alles. Nach den Malern werden die Glaser kommen und die Fenster zum Winter in Ordnung bringen. Wo bisher keine Wasserleitung war, wird jetzt ein Rohr gelegt. Die einzelnen Klosetts dürfen nur noch von je zehn Mietern benutzt werden, bisher gingen bis zu 25 Mieter auf ein Klosett. Die dadurch mehr benötigten Klosetts werden gebaut. Einen Klosettschlüssel hat bereits jeder Mieter erhalten. Die Treppen und Zellenklure werden elektrisch beleuchtet. In allen Wohnungen hat ein eiserner Ofen zu stehen, der zwei Kochlöcher haben muß. Wo sich die Mieter bereits einen Ofen gekauft hatten, wird ihnen der Wert des Ofens ersetzt, wenn sie ausziehen.

Mit diesen bindenden Abmachungen ist eins der frühesten Kapitel des Berliner Wohnungselends notwendig beseitigt worden. Verschiedentlich hatte man erwogen, das Gebäude ganz zu schließen, es war jedoch für die 110 Familien im Augenblick nicht der nötige Ersatzraum zur Verfügung, der ihren bescheidenen Einkommensverhältnissen entsprach.

Zur verwehrte sich energisch gegen die Absicht der Polizei, ihn in Schutzhaft zu nehmen, und erklärte den Beamten freudestrahelnd, daß er in Wirklichkeit gar nicht an einen Selbstmord gedacht habe, sondern lediglich auf diese sensationelle Weise bei den Zeitungen bekannt und seine Arbeiten los zu werden hoffte. Allerdings mußte er den Polizeibeamten gegenüber auch zugeben, daß die Idee zu seinem Vorgehen gar nicht seiner eigenen dichterischen Phantasie entstamme, sondern daß er einmal vor längerer Zeit einen Film mit einem derartigen Motiv gesehen habe und dann zu dem Entschluß gekommen sei, die Durchschlagkraft dieses Gedankens einmal selbst zu erproben.

Es handelt sich bei dem ruhmstüchtigen Schriftsteller um einen jungen Mann, der in Berlin als Angestellter tätig ist.

Die *Acronia* hat ihr Vortragsverzeichnis Oktober bis Dezember 1932 veröffentlicht. Für Interessenten erhältlich durch das Uranio-Büro, Berlin W 8, Leipziger Straße 19 (Telephon: A 1, Jäger 1644).

Zuchthaus für Keilerei.

Wieder Kommunisten auf der Anklagebank.

Die Strafkammer des Landgerichts II fällt gestern noch zweitägiger Verhandlung gegen sechs Angeklagte, zumeist Kommunisten, wegen Landfriedensbruchs und anderer Vergehen harte Urteile.

Am 20. Juni nachmittags hatte vor der Filiale einer kommunistischen Zeitung ein Zusammenstoß stattgefunden. Ein Trupp von zehn Nationalsozialisten kam an der Filiale vorbei, und aus den Hausfluren stürzten Leute, die in eine Schlägerei mit den Nationalsozialisten gerieten und mit Gummiknüppeln und Holzlaten eingeschlagen haben sollen. Dabei soll ein Nationalsozialist erhebliche Verletzungen erlitten haben. Die Angeklagten bestritten die Teilnahme, wurden jedoch durch Zeugen erheblich belastet. Bei zwei Angeklagten kam die Strafkammer zum Freispruch. Ein Angeklagter, ein Bauarbeiter Alfred B., wurde zu der harten Strafe von 1 Jahr 6 Monaten Zuchthaus verurteilt. Fünf andere Angeklagte erhielten Gefängnisstrafen zwischen 4 Monaten und 1 Jahr. Außerdem legte das Gericht drei Angeklagten, die auf einen Nationalsozialisten eingeschlagen haben sollen, eine an diesen zu zahlende Buße von je 200 Mark auf.

Im Vergleich zu den Urteilen, die gegenüber Nationalsozialisten gefällt wurden, muß der Spruch der Strafkammer als hart erscheinen.

Am 15. Oktober 1931 war es vor einem Verkehrstokal der Nationalsozialisten in der Richardstraße in Neukölln zu einer Schießerei zwischen radikalen Gruppen gekommen. Hier hatte sich ein kommunistischer Demonstrationzug gebildet, unter den sich die Schützen gemischt hatten. Sie verschanden nach Abgabe der Schüsse wieder in der Menge. Der Inhaber des Lokals wurde durch die Schüsse schwer verletzt und starb bald danach. Die Polizei nahm mehrere Personen fest, und es sind auch wegen dieses Feuerüberfalls bereits einige Urteile ergangen, ohne daß es aber möglich war, die Haupttäter, die geflüchtet waren, zu ergreifen. Einer von ihnen, ein 27 Jahre alter Arbeiter, war mit einem falschen Paß nach Rußland geschickt worden. Er ist von dort vor vier Tagen zurückgekehrt und wurde gestern in Neukölln festgenommen. Der Verhaftete ist dem zuständigen Untersuchungsrichter vorgeführt worden.

Brüsseler Elektrowerk niedergebrannt.

Die ganze Stadt ohne Strom.

Brüssel, 28. September.

Am Brüsseler Elektrizitätswerk brach — offenbar durch Kurzschluß — ein großes Feuer aus. Die ganze Stadt ist ohne elektrischen Strom und die Zeitungen können nicht erscheinen. Für die Elektrizitätslieferung steht jetzt nur noch ein untergeordnetes Werk zur Verfügung. Das große Hauptwerk mit seinen riesigen Turbinen ist vollkommen zerstört. Das Feuer entstand in der großen Maschinenhalle. Die dort befindlichen Arbeiter konnten sich in Sicherheit bringen. Nur ein Arbeiter wurde verletzt, und zwar durch einen Fall bei seiner eiligen Flucht. Der angerichtete Sachschaden ist sehr groß. Eine ungeheure Menschenmenge umlagert das abgebrannte Elektrizitätswerk.

Im Schacht verschüttet.

Auf dem Gelände der ehemaligen Pulverfabrik in Spandau-Hafelhorst ereignete sich gestern nachmittag ein folgenschwerer Unfall. Auf dem Hof war ein langer, etwa 1 Meter tiefer Schacht zur Aufnahme von Kanalisationsröhren ausgemauert worden. Die Innenseiten des Schachtes waren durch Untermauerung abgefangen. Infolge eines Erdrüttens stürzte ein Teil des Kanalschachtes plötzlich zusammen und begrub den 22jährigen Arbeiter Bruno Bree aus Neukölln unter sich. B. konnte von Arbeitskollegen aus seiner quatschenden Lage befreit werden, noch bevor die alarmierte Spandauer Feuerwehr an der Unfallstelle erschien. Der Verunglückte, bei dem es sich um ein Mitglied des freiwilligen Arbeitsdienstes handelt, wurde ins städtische Krankenhaus Spandau übergeführt.

Gastod in der neuen Wohnung

Tragisches Ende einer Ahtzahnjährligen.

Auf tragische Weise ist die 18 Jahre alte Kontoristin Hildegard Schulenburg ums Leben gekommen.

Die Eltern des jungen Mädchens hatten im Hause Prinzenallee 89 im Norden Berlins eine Wohnung gemietet. Vorgeftern wurde mit dem Umzug begonnen. Die 18jährige Tochter blieb bereits nachtsüber in der neuen Wohnung und schlief in der Küche. Auf einem Gastodier hatte sich das junge Mädchen in den Abendstunden noch Kaffee zubereitet. Unglücklicherweise vergaß das Mädchen den Hauptkahn zu schließen. Während das Mädchen schlief, löste sich infolge Ueberdrucks der Schlauch vom Gaslocher und das Gas konnte ungehindert ausströmen. Als das Mädchen heute früh kurz nach 5 Uhr entdekt wurde, kam Hilfe bereits zu spät. Ein hinzugerufener Arzt konnte nur noch den Tod feststellen.

Die furchtbare wirtschaftliche Not hat wieder ein altes Ehepaar in den Tod getrieben. In ihrer Wohnung in der Straßmannstraße 14 wurden gestern der 62 Jahre alte Karl H. und seine gleichaltrige Frau Hedwig im Schlafzimmer durch Gas vergiftet aufgefunden. Die Wiederbelebungsversuche der Feuerwehr blieben ohne Erfolg. Ein blinder und tauber Untermieter der Lebensmüden wurde von der Polizei wegen seiner wüßigen Hilfslosigkeit in Schutzhaft genommen.

Selbstmorddrohung als Reklametrieck.

Ein Schriftsteller wollte bekannt werden.

Einen recht eigenartigen Weg schlug der bisher in der Öffentlichkeit unbekannt Schriftsteller Arnold Juch ein, um sich einen Namen zu verschaffen und seine Werke an den Mann zu bringen.

Seit dem 21. September d. J. trofen bei mehreren Berliner Zeitungsverlagen Briefe des Schriftstellers Juch ein, in denen er seinen Selbstmord ankündigte, und gleichzeitig mitteilte, daß er seine „hinterlassenen Schriften“ dem Verlage zur Auswertung zur Verfügung stellen wolle. Die Antworten auf diese festsamen Angebote waren unter Postlageradresse erbeten, da angeblich ein guter Freund des Lebensmüden als Testamentsvollstrecker tätig sein und die weiteren Verhandlungen zur Bewertung des literarischen Nachlasses erledigen sollte. Einige Zeitungsverlage wandten sich an die Polizei, um so den angekündigten Selbstmord des Schriftstellers zu verhindern. Als die Kriminalpolizei in der Wohnung des Schriftstellers eintraf, fand sie diesen munter und guter Dinge vor.

Tod eines Sonderlings

Der Goldschatz in der Laubenbaracke

Der seltsame Tod eines Sonderlings beschäftigt gegenwärtig die Reserve-Mordkommission. Unter rätselhaften Umständen wurde der 87 Jahre alte frühere Schneider Friedrich Kleinschmidt in seiner Wohnbaracke in der Laubentolonie „Wiesengrund“ am Königsdamm in Charlottenburg tot aufgefunden. Der Greis war unter dem Spitznamen „Das Schneiderlein“ als ein festsamer Kauz bekannt. Um seine Person spannen sich allerlei Gerüchte. Als man ihn auffand, wurde zunächst angenommen, daß er eines natürlichen Todes gestorben sei. Bei der Sektion im Schauhaufe entdeckten die Verze aber plötzlich tief im Halse ein Taschentuch. Jetzt lauchte der Verdacht eines Mordes an dem Alten auf und Kriminalkommissar Dr. Berndorf wurde mit der Untersuchung beauftragt.

Kleinschmidt war den Leuten in der Gegend weit und breit bekannt. Die Baracke, die er seit vielen Jahren bewohnte, ist kaum 1,80 Meter hoch und etwa 4 Meter breit. Der Greis ging auf Bettelfahrten und kehrte zwischen 3 und 4 Uhr wieder heim. War der Nachmittag trübe, so legte er sich ins Bett und schlief bis zum nächsten Tage. In seiner Behausung fand man ein ganzes Warenlager von alten Kleidungsstücken, Duzende

von Anzügen, Schuhen, Mänteln, Hüten usw. Alle Sachen, die er geschenkt erhielt, schleppte er nach Hause. Hier ordnete er seine Schätze so gut wie es ging. Auf der Straße sammelte er Kartons, Papier und ähnliches. Nach seinem Tode fand man eine alte Brieftasche, in der sich 130 Mark in Scheinen befanden. Außerdem eine Konfervenbüchse mit 120 Mark Silbergeld. Verdächtig ist das Fehlen einer anderen Büchse, in der er 5-, 10- und 50-Pfennig-Stücke aufzubeden pflegte. Es fehlen auch weiter die Büchse für Pfennigstücke, die der Alte hatte. Kleinschmidt erzählte bei Lebzeiten den Leuten, daß er sehr reich wäre. Sie wüßten gar nicht, wieviel Geld er hätte! Es ist durchaus möglich, daß er durch diese Erzählungen zur Zeit noch unbekannt Leute an sich gelockt hat. Der Alte verstand es, Gerüchte, die über ihn im Umlauf waren, zu nähren. So erzählte er, daß er Professor gewesen sei, daß er auf fallend reiche Gönner habe, die ihm sehr viel Geld zukommen ließen und ähnliches mehr. Dazu kamen seine Schreullen, die ihn in den Ruf eines Sonderlings brachten.

Wo der Alte früher gebettet hatte, konnte noch nicht festgestellt werden. Kleinschmidt muß aber jedem aufgefallen sein. Er war nur 1,55 Meter groß, trug einen wüßigen Stoppelbart und ging stark nach vorn übergebogen.



Wenn Sie OSRAM-LAMPEN kaufen, erhalten Sie den vollen Gegenwert für Ihr Geld.
An Licht sparen ist falsch, denn elektrisches Licht ist billig.

OSRAM

40 und 60 Watt sind die begehrten OSRAM-Typen.

Skandal in Schwedt.

Wieder einmal eine kleine Garnison.

Aus einer kleinen Garnison, dem märkischen Städtchen Schwedt a. d. O., erfährt man vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte wenig erfreuliche Dinge. Der Redakteur einer kommunistischen Zeitung war wegen Beleidigung der Reichswehr angeklagt. In einem Artikel mit der Überschrift „Minderjährige von Reichsmehrtragehörigen vergewaltigt“ wurden den Reichsmehrtragehörigen in Schwedt die verschiedensten Schandthaten vorgeworfen; Leutnant D., dessen besonderer Fall zu dem Artikel Anlaß gegeben hatte, wurde „Wüstling“ und „Bestie“ genannt.

Der von dem Angeklagten angebotene Beweis für die generellen Behauptungen des Artikels wurde von dem Gericht abgelehnt. Man kann auch von vorher annehmen, daß der verantwortliche Redakteur des „Volkscho“, Menzel, der sich eines Regiments von 15 Beleidigungsstrafen rühmen darf, wohl auch in diesem Falle über die Stränge geschlagen hat. Was man aber, teils unter Ausschluß der Öffentlichkeit, aus dieser Reichsmehrtragegarnisonstadt Schwedt zu hören bekam, war trotzdem schlimm genug. Da gibt es ein Café Vaterland, das einzige Konzertcafé der Stadt mit einer Bar und einer Tanzdiel. Es verkehren hier Bürgermädchen, Handwerker, Soldaten und auch die Herren Leutnants. Der Wirt, ein geschäftstüchtiger Mann, lockte ganz junge Dinger, 15jährige Kinder, in seinen Betrieb, spendierte ihnen alkoholische Getränke, die Herren Leutnants tanzten mit den Mädchen und — nahmen sie auch nach Hause mit. So war es speziell im Falle des Leutnants D. Er nahm die 15jährige K. zu sich in die Wohnung, sein Kamerad, der Leutnant Graf I., die fast gleichaltrige Freundin der K. Diese nahm zeitig genug Reißaus, die fünfzehnjährige K. blieb beim Leutnant D. Er sagte zu ihr: „Ich habe von dir gehört, du wärst so jung und doch schon so verdorben“ und — verlor sie noch mehr. — „Er mußte, daß ich 15 Jahre alt bin“, behauptete die Kleine vor Gericht. Das war im April. Im Herbst gab es ein Strafverfahren wegen Kuppelei gegen den Wirt des Café Vaterland. Trotz der Beschwerde der Staatsanwaltschaft stellte das Landgericht aus formalen Gründen das Verfahren ein. Auch das Abenteuer des Herrn Leutnant D. mit der 15jährigen K. wurde bekannt. Das Mädchen behauptete, der Offizier habe sie inzestiert. Das Verfahren gegen den Herrn Leutnant wegen Inzestierung eines Anderen mit einer Geschlechtskrankheit wurde eingestellt, ebenso das Verfahren wegen Verführung von Minderjährigen. Die kleine K. war wirklich nicht mehr unbescholten; ihre Liebesabenteuer begannen mit dem 14. Lebensjahr. Jetzt befindet sie sich in der Fürsorge. Sie wollte vom Leutnant D. weder unter Alkohol gesetzt noch vergewaltigt worden sein. So kam das Gericht zur Verurteilung des Redakteurs des „Volkscho“ wegen formaler Beleidigung und übler Nachrede zu einem Monat Gefängnis. Der Staatsanwalt hatte vier Monate Gefängnis beantragt.

Betrug mit Rückportomarken.

Der frühere Landwirt Fritz Danmann aus Potsdam inserierte in zahlreichen Kreisblättern nach Pflanzgezeiten für seinen „hübschen gesunden Jungen“. Er bot auch als einmalige Abfindung 6000 M. an. Die Offerten sollten mit Rückporto postlagernd eingeliefert werden. Hunderte und aber Hunderte von Leuten, hauptsächlich aus der Landbevölkerung, meldeten sich auf das verlockende Inserat, aber D. beantwortete keinen Brief, ihm kam es nur auf die 12-Pfennig-Marken an, die als Rückporto beigefügt waren. Bei einer polizeilichen Hausdurchsuchung fand man hunderte von Freimarken. Das Potsdamer Schöffengericht verurteilte Danmann wegen fortgesetzten Betruges zu sechs Monaten Gefängnis ohne Bewährungsfrist.

Der Lastauto-Landstraßenfrevler.

Auf der Chaussee zwischen Malchow und Lindenberg, vor den Toren Berlins, wurde gestern der Schupohauptwachmeister Johannes Sasse vom 72. Polizeirevier neben seinem Fahrrad mit schweren Verletzungen von Bordjäger der Station Malchow-Weichensee bemühlos aufgefunden. Der schwerverletzte Beamte wurde ins Staatskrankenhaus übergeführt. Wie die Feststellungen ergeben haben, ist Sasse, der sich mit seinem Kabe auf einer Fahrt nach Biesenthal befand, von einem Lastauto

Die Inflation der Märkte

Überall entstehen Märkte — Je weniger Kunden, desto mehr Händler!

Eine der eigenartigsten Entwicklungen in Berlin ist folgende: Je scharfer die Kaufkraft der Bevölkerung abflaut, desto mehr ehemalige Käufer werden zu Händlern. Die Berliner Zeitungshändler hatten unlängst diese Tatsache auf die Tagesordnung einer ihrer Fachversammlungen gestellt. Menschen, an die sie früher morgens, mittags oder abends eine Zeitung verkauften, die ihre Kunden waren, die stehen heute seider an irgendeiner Straßenecke und handeln mit Zeitungen. Bedrohlich ist es bei den Markt-



„Alles Rechnen hilft nichts, bei zehn Mark Kasse fällt nicht das Standgeld ab.“

händlern und natürlich auch bei den Straßenhändlern mit ihren Wagen. Das Ganze ist das Un Sinnigste, was man sich denken kann: je weniger die Leute kaufen können, desto mehr handeln!

Nun werden allerdings Märkte in Groß-Berlin geradezu treibhausartig gezüchtet. Jeder Berliner kennt die alten eingeführten Märkte, die trotz der Not der Zeit immer noch einigermaßen besetzt sind. Zu diesen „eingefahrenen“ Märkten kommt jetzt aber ein Markt

nach dem anderen. Verschiedene Unternehmer halten hier das Heft in der Hand. Teils werden geräumige Höfe stillgelegter Fabriken übernommen, teils unvermietbare Geschäftsräume, meist aber wird in den Vororten brachliegendes Bauland erstanden. Dann werden an die Interessenten Einladungen zur Pachtung eines Standes gelangt, und oft genug genügt diese Einladung; es finden sich genug, die ihr letztes, aus besseren Tagen erparies Geld daransetzen und nun Händler werden. Nur fehlt die Kundschaft dazu, und so gibt es in Pichlerberg, Hohenschönhausen und Bornhofen heute bereits Märkte, die nur zu einem Drittel besetzt sind. Aber dieses Drittel macht den alten Märkten noch genügend Konkurrenz. Dabei ist es gar nicht einmal so billig, heute zu handeln, die Standpachten auf solchen Märkten schwanken zwischen 16 und 30 Mark im Monat, also etwa 100 Mark in Wirklichkeit. Denn die 30 Mark gelten je nur für zwei Wochentage, nehmen wir an: Montag und Donnerstag. Für die vier übrigen Wochentage muß sich der Händler einen neuen Markt suchen und dementsprechend natürlich noch zweimal die Pacht entrichten.

Man sollte annehmen, daß allein diese Pachtätze, die herauszuwirtschaften heutzutage beinahe ein Kunststück ist, abschreckend wirken. Aber weit gefehlt. In allen Ecken und Enden in Berlin wird noch ständig ein Markt nach dem anderen eröffnet. Eine Zeitung leistete verschiedene Amtsstellen dieser Bewegung noch Vorschub. Daraus konnte ihnen jederzeit kein Vorwurf gemacht werden, denn die Männer auf den Bauern folgten sich, wenn uns die Erwerbslosen weiter die Bude einräumen, um jene erbetenen 150 M. zum Beginn eines Handels zu erhalten, dann wollen wir sie ihnen doch geben. Kommen die Leute mit dem Handel zurecht, dann belassen sie wenigstens nicht mehr die Wohlhabenssätze. Die neugeborenen Händler kamen aber nicht zurecht. Sie tauschten sich einen Wogen, sie tauschten sich Ware, und dann fehlte ihnen das, was man gemeinhin mit der Lichtigkeit des Kaufmanns bezeichnet; es dauerte nicht lange und sie waren Wogen, Ware und die 150 M. los. Und schon sahen sie wieder auf dem Wohlstandsweg. Es geht eben nicht, in einer Zeit abfliehender Kaufkraft neue Händlerstadien zu schaffen. Wenn wir recht unterrichtet sind, werden wohl auch solche Einrichtungskredite nicht mehr gemährt.

Denn die Situation selbst unter den alten Händlern ist riesengroß. Da macht der Preis, dort jener, eine Entwicklung, die der schrumpfende Absatz mit sich bringt. Schon die Leute auf den eingeführten Märkten verkaufen nur noch 50 Proz. von dem, was sie früher losgeschlugen. Manchen Tag haben sie 10 M. Kasse und noch keine 2 M. Verdienst dabei. Aber trotzdem treten immer wieder neue Händler in die Fußstapfen der Scheitlerien, und wenn es ein Handtorren ist, mit dessen Hilfe in den Vorstädten Kartoffeln selbgehalten werden.

überfahren worden. Der Führer des Wagens machte sich, ohne sich um den Verunglückten zu kümmern, aus dem Staube. Die Erkennungsnummer des Autos konnte jedoch ermittelt werden.

Rekordfänge der Heringsfischer.

Hamburg, 28. September.

Der Verlauf der diesjährigen Heringsfischerei hat bisher außerordentlich gute Fangergebnisse gezeitigt. Die größten Fänge wurden im Gebiete zwischen dem Fladengrund und der Doggerbank, dem sogenannten Gat, gemacht. Tagesfänge von 500 Tonnern waren keine Seltenheit. Die Auktionspreise waren niedrig, so daß trotz reichlicher Fänge die Heringsfischerei in diesem Jahre nicht so günstig abgeschlossen haben dürfte wie in den Vorjahren.

Der Arbeiter-Samariter-Bund e. V., Kolonne Berlin, Abteilung Kreuzberg, veranstaltet in der Zeit bis zum 2. Oktober eine Werbeausstellung: „Der Mensch und der Arbeiter-Samariter“ in den Räumen Ritterstraße 1 ptr. (Ecke Luisenufer). Die

Ausstellung ist täglich von 10 bis 20 Uhr geöffnet. Führungen finden jeden Tag um 12 und 18 Uhr statt. Kurse halten, Vorträge mit Lichtbildern über folgende Themen: 29. September: „Frauenkrankheiten“; 30. September: „Krankheiten des Säuglings und ihre Verhütung“; 1. Oktober: „Straßenunfälle“; 2. Oktober: „Geschlechtskrankheiten“. Der Besuch der Ausstellung ist vollständig kostenlos und kann dringend empfohlen werden.

„Hoflieferant“ unzüchtiger Schriften.

Acht Monate Gefängnis für einen Buchhändler.

Die Strafkammer beim Landgericht I verurteilte den Buchhändler Hein wegen Verbreitung unzüchtiger Schriften zu acht Monaten Gefängnis.

Am Wittenbergplatz, unmittelbar an der Scheriffiliale, befindet sich eine Buchhandlung. Abends konnte man aus großer Ferne hell leuchtend „Sexualbuchhandlung“ lesen. Später wurde das in „Sexualwissenschaftliche Buchhandlung“ umgewandelt. Die Fensterauslagen entsprachen der Lichtreklame. Die Buchhandlung erfreute sich eines großen Kundenkreises. Die Herrschaften fanden da, was sie suchten. Die Polizei hatte aber schon seit langem auf diese „sexuellen, wissenschaftlichen“ Buchhandlung ihr Auge geworfen. Zwei Durchsuchungen förderten nicht allzuviel an den Tag; doch genug, um Herrn Hein auf die Anklagebank zu bringen. Das Schöffengericht verurteilte ihn zu 500 Mark Geldstrafe. Dem Gericht war damals noch nicht bekannt, daß fast unmittelbar vor dem Termin eine neue Durchsuchung stattgefunden hatte. In einem Keller unweit der Buchhandlung stieß man auf Regale, die sich von ausgesprochen pornographischer Literatur geradezu bogten.

Der Staatsanwalt hatte gegen das Urteil erster Instanz Berufung eingelegt. In der Berufungsverhandlung verteidigte sich der Angeklagte mit seinem speziellen Kundenkreis. Es wären lauter seriöse Leute, darunter auch solche, die früher höchste Stellungen bekleidet hätten. Er habe sich seine Kunden stets sehr genau angesehen und dafür gesorgt, daß die Literatur nicht in unrechte Hände komme. Der Kreis, den er bedient habe, sei ein vertraulicher Kreis gewesen — Herren von ausgesprochen konservativer Gesinnung. Das Gericht hatte für Herrn Hein und dessen Kundenkreis wenig Verständnis, es verurteilte ihn zu acht Monaten Gefängnis. In der Urteilsbegründung sagte der Vorsitzende u. a.: Die Gerichte müßten endlich daran gehen, auch ihrerseits mit den Verbreitern derartiger verderblicher Schriften auszuräumen. Wenn diese Schriften nur in die Hände alter Herren gelangen würden, an denen doch nichts mehr zu verderben sei, so wäre das noch kein so großes Unglück. In Wirklichkeit sind Abnehmer und Leser dieser Schriften des öfteren auch junge Leute.

Kindertod auf der Straße.

Auf der Kreuzung Schönhauser Allee und Bornholmer Straße wurde gestern abend der 9 Jahre alte Jürgen Schmoritz aus der Bornholmer Straße 13 von einem Auto überfahren. Mit schweren Verletzungen wurde der Knabe zur Rettungsstelle gebracht, wo der Arzt bei der Einlieferung nur noch den Tod feststellen konnte. — In der Kolberger Straße im Norden Berlins wurde der 14jährige Schüler Helmuth Eising aus der Kolberger Straße 7 von einem Privatauto überfahren und schwer verletzt. Der Junge fand im Birkow-Krankenhaus Aufnahme.

Herunter mit den Mieten!

Eine Kampfsitzung des Gesamtvorstandes des RDM.

Der Gesamtvorstand des Reichsbundes Deutscher Mieter (Sitz Berlin) sollte in seiner letzten Sitzung eine wichtige Entscheidung, der wir folgendes entnehmen:

„Der Gesamtvorstand des RDM stellt mit lebhafter Entrüstung fest, daß die bei der großen wirtschaftlichen Notlage weitest Kreise der Mieterschaft unbedingt notwendige und vom Reichsbund Deutscher Mieter seit längerer Zeit geforderte weitere Senkung der Räume in Alt- und Neubauten bis heute noch nicht erfolgt ist. Diese Unterlassung ist um so befremdlicher, als im Wege der Notgesetzgebung nicht nur die Einkommensrenten und die steuerlichen Belastungen für die nichtbesitzenden Volksschichten weiter verschärft, sondern auch den Besitzenden, insbesondere auch dem Hausbesitz, neue, zum Teil ganz erhebliche Zuwendungen aus Reichsmitteln gemacht worden sind.“

Die Mietensenkung in Neubauten muß endlich wirksam gestaltet werden.

und zwar durch Wegfall der Zins- und Tilgungsraten für die Hauszinssteuerhöhen, durch Senkung der Zins- und Tilgungsraten für die übrigen Hypotheken, durch steuerliche Entlastung, durch Senkung der Tarife für Wasser, Gas und Elektrizität unter Wegfall der Zähler- und Messermieten sowie durch Mietzuschüsse aus öffentlichen Mitteln, bei gleichzeitiger Sanierung des überschuldeten Neuhauseigentums.

Die Miete in Altbauten kann sofort ohne weiteres auf die Höhe der Friedensmiete gesenkt werden.

wenn die in der gesetzlichen Miete enthaltenen überhöhten Sätze für Reparaturen und für Betriebskosten den heutigen Verhältnissen angepaßt werden. In die Mietensenkung sind auch die Pachterhältnisse für gewerbliche Räume und die Werkwohnungen einzubeziehen. Millionen von Mietern können die Mieten nur noch mit Hilfe der Fürsorgebehörden aufbringen; Hunderttausenden droht die Ermittlung. Trotzdem wird der Mieterschutz weiter abgebaut, statt verstärkt. Die steigende Not und Verarmung weiter Kreise der Mieterschaft verlangt gebieterisch die schnelle Wiederherstellung eines wirksamen Mieterschutzes,

welcher den gegebenen anormalen Verhältnissen Rechnung trägt. Gleichzeitig mit dem Wegfall des Mieterschutzes muß ein zeitgemäßes soziales Miet- und Wohnrecht nach den Forderungen des RDM als Dauerrecht in Kraft treten. Dieses neue Mietrecht muß für alle bisher bereits freigegebenen Räume, soweit die Freigabe nicht rückgängig zu machen ist, unverzüglich in Kraft gesetzt werden. Der Kleinwohnungsbau muß durch Bereitstellung öffentlicher Mittel baldigst wieder in Gang gesetzt werden. Der durch die Enteignung der Hypothekengläubiger entstandene Entscheidungsgewinn des Hauseigentums muß dauernd, und zwar restlos, für die öffentliche Hand erfasst und in vollem Umfang für die Zwecke der Wohnungswirtschaft, insbesondere für die Inangabelegung des Kleinwohnungsbau, für Mietzuschüsse an kinderreiche und sonstige hilfbedürftige Mieter sowie zur Sanierung schlechter Wohnviertel verwendet werden.

Stärkstes Bestreben hat es in weitesten Kreisen der Mieterschaft erregt, daß

dem Hausbesitz durch die Verordnung zur Behebung der Wirtschaft vom 4. September 1932 erneut 50 Millionen Mark aus Reichsmitteln zur Vornahme von Instandsetzungs- und anderen baulichen Arbeiten zur Verfügung gestellt

worden sind. Die Tatsache, daß der Hausbesitz seit der Stabilisierung der Mark rund 9 Milliarden Mark an Instandsetzungsgeldern von den Mietern erhalten, diese aber nur zum kleineren Teil für Instandsetzungen verwendet hat, scheint die Reichsregierung bei Erlaß obiger Verordnung nicht gebührend beachtet zu haben.“

Der Gesamtvorstand beendet seine Entscheidung mit dem eindringlichen und berechtigten Hinweis, daß er besonders auch deswegen eine Berücksichtigung seiner Forderungen durch die gegenwärtige Regierung erwarte, weil diese Forderungen mit den vom Herrn Reichsminister verkündeten christlichen, nationalen, kulturellen und sozialen Grundgedanken in vollstem Einklang stehen. In alle Parteien, die nicht einseitig für den Hausbesitz eingestellt sind, richtet der Gesamtvorstand das dringende Ersuchen, die obigen Forderungen nicht nur im wohlverstandenen Interesse der Mieterschaft, sondern auch im Interesse unserer Gesamtwirtschaft tatkräftig zu unterstützen.

Kaffee Hag trinken heißt:
etwas für die Gesundheit tun.
— Und wer wollte das nicht?

Klagen der Volkstüchergäste.

Der unbeliebte Kochfisch.

Die Kreuzberger haben beim „Vorwärts“ über das Volkstüchermessen geklagt. Einer unserer Mitarbeiter schreibt uns über seine Ermittlungen nun folgendes:

„Wir mögen im Sommer keine Hülsenfrüchte, noch dazu, wenn sie teilweise hart sind; wir wollen anständige Fleischportionen und das Ganze soll nach was schmecken“, klagte die Stammgäste der Volkstücher. Das ist wahrhaftig kein unbilliches Verlangen; auf ein ordentliches Essen sollte ein jeder Anspruch haben. Auf der anderen Seite aber ist es nicht allzu leicht, den Geschmack Tausender und ober Tausender zu treffen und für billiges Geld etwas Besseres zu kochen. Einen Weg weisen hier ja die Küchen der Erwerbslosen-Rotgemeinschaft.

Die 25-Pfennig-Portion kostet der Stadt Berlin selbst etwa 27 Pfennig, könnte sie 50 Pfennig dafür auswerfen, so sagt die Verwaltung, wäre es für die Essensempfänger besser. Nun gibt es auch noch eine ganze Menge unbeliebter Gerichte, die aber, nach Ansicht der Küchenleitung, nicht von der Karte so ohne weiteres verschwinden können. So ruft Milchreis jeweils einen Sturm der Empörung hervor, dann gibt es vielfach Antipathie gegen gekochten Fisch; im Kohl mit mitgekochtem Fleisch vernimmt man die Fleischstücke, und wenn dann die Erbsen nicht weich sind, kann man den Unmut der Hungrigen verstehen.

Wie sich unser Gewährsmann bei seinem unangenehmen Besuch in der Volkstücher-Kosthülle Straße überzeugen konnte, war das Essen an diesem Tage gut und schmackhaft. Es gab gekochtes Rindfleisch mit Zwiebelsoße und Kartoffeln, alles weich und gut im Geschmack. „Da haben sie grad heute mal Glück gehabt“, meint meine Nachbarin, „heute schmeckt's mir selber, aber gestern und vorgestern, das war nicht. Und der alte Kochfisch, mit dem könnte man jagen.“ Es ist also mal so und mal anders. Doch einem verblödeten Menschen, der tagaus, tagein noch dem Kopf Essen Schlange stehen muß, immer nur in Gesellschaft von Leidensgenossen keinen Hunger stillt, und Herzklopp, wie sein ganzes Dasein, den ewigen Turnus von Bohnen, Linsen, Kohl und Erbsen über sich ergehen lassen muß, öfters der Papiertragen plagt, das ist sicher kein Wunder. Daran sind aber in der großen Hauptsache die Verhältnisse und die, welche sie schaffen, schuld.

Neue Kurse der Müttererschule.

Um Frauen und Mädchen Gelegenheit zu geben, sich für alle Aufgaben der häuslichen Erziehung, Pflege, Ernährung und Beschäftigung der Kinder vorzubereiten und fortzubilden, hat das Pestalozzi-Fröbel-Haus gemeinsam mit dem Berliner Krippenverein eine „Müttererschule“ mit achtwöchigen Nachmittagskursen eingerichtet. In allen Abteilungen beginnen am 15. Oktober neue Lehrgänge. Anmeldungen und Anfragen sind zu richten an das Pestalozzi-Fröbel-Haus I, Karl-Schradler-Straße 8, zu Händen von Frau Hoffmeister, Tel.: B 7 Palas 7291. An zwei Nachmittagen von 3 bis 6 Uhr werden Mütter, werdende Mütter und Verlobte aller Stände praktisch und theoretisch in die Grundfragen der Kleinkinderpflege und Erziehung eingeführt. Es finden auch gemeinsame Besichtigungen von Ausstellungen und Erziehungsanstalten statt. Den Kindern der Teilnehmerinnen steht während der Unterrichtsstunden ein von einer Kindergärtnerin beaufsichtigter Spielraum zur Verfügung. Ferner werden Sonderkurse in Säuglingspflege sowie Bastelarbeiten und Anfertigen von Kindergeräten abgehalten. Erfahrenere Frauen und Mütter finden in einem Sonderkursus Aufnahme, der neben der Fortbildung in allen Erziehungs- und Handfertigkeitskünsten ihnen auch Anleitung zu erster Hilfe bei Unfällen und für Krankenpflege bietet.

„Rote Funken“ feiern Geburtstag.

Es ist jetzt gerade ein Jahr her, daß die beiden „Rote Funken“ der Sozialistischen Arbeiterjugendgruppe in der Schönhofen Vorstadt Hugo Hofe, die gelernten Elektrotechniker Helmut Krüger und Kurt Götting, frisch ans Werk gingen und in emsiger Arbeit und mit ganz bescheidenen Mitteln eine schöne, kluge, starke Verstärkeranlage für Radio, Grammophon und Schallplatten bauten und damit eine sehr achtbare und lehrreiche Bereicherung für das Gruppenheim schufen. An zahlreichen Diskussionsabenden der Jugendlichen und auch in vielen Parteiveranstaltungen haben die Pioniere so mitgeholfen, die Abende inhaltsreicher zu gestalten. In letzter Zeit wurden auch die Kampflieder der Partei und der Jugend auf eigenen Schallplatten mit gleich gutem Erfolg aufgenommen und vorgespielt. Wir wünschen den beiden roten Funken auch weiterhin ein erfolgreiches Schaffen im Dienste der Werktätigen und gratulieren mit am ersten Jahrestag.

Die Leistungen der Schreiberjugendpflege.

Der Reichsverband der Kleingartenvereine Deutschlands hat für das Jahr 1931 einen statistischen Bericht über die Schreiberjugendpflege ausgearbeitet (Kleingartenwacht 1932 Nr. 9 vom 15. September 1932). In 1417 Vereinen wurden 2.884.600 Spielkinder gezählt, die an 70.797 Spiel- und Beschäftigungstagen von 2266 Spielleitern (mit 1411 jugendlichen Helfern) betreut wurden. Es standen 1.501.885 Quadratmeter Gesamtspielplatzfläche zur Verfügung. Bei ungenügender Witterung wurden die Spielkinder in 621 Vereinshäusern oder Spielhallen beschäftigt. An 3024 Wanderungen beteiligten sich 108.637 Kinder, an 2828 Badegängen 89.986 Kinder; auch Planschbeden zur ständigen Benutzung wurden von 77 Stellen gemeldet. Im Winter standen vielfach Eisbahnen zur Verfügung. Die 196 Jugendgruppen (schulmäßige Jugendblöcke) entwickelten sich weiter günstig. Die Vereine und Verbände haben im Berichtsjahre 1931 rund 530.000 M. für die Schreiberjugendpflege aufgebracht. Diese Leistungen sind besonders deshalb bemerkenswert, weil sie nicht nur den Kindern der Vereinsmitglieder, sondern allen Kindern, die sich an den Spielen usw. beteiligen wollen, zugute kommen.

Zwei Schulen geschlossen.

Die Schule in Bergholz bleibt wegen Scharlach-erkrankungen bis zum 13. Oktober geschlossen. Die Schule Lehmin wurde wegen spinaler Kinderlähmung geschlossen. Ein Fall wurde einwandfrei festgestellt, außerdem besteht in mehreren Fällen der Verdacht auf Kinderlähmung.

Internationaler Kursus in Berlin-Wilhelmschlag. In dieser Woche hat ein lehrreicher internationaler Kursus begonnen, der eine ausgezeichnete Gelegenheit für die Erweiterung der Anschauung und der Sprachkenntnisse bietet. Das Thema ist: Deutschland und die angelsächsische Welt. Im Vordergrund stehen: Die Weltwirtschaftskrise, Armut und Reichtum der Völker, soziale und Kulturfragen. Da die Arbeitsgemeinschaften in englischer und deutscher Sprache stattfinden, ist hier neben der geistigen Ausweitung eine ausgezeichnete Sprachgelegenheit gegeben, zumal sämtliche Teilnehmer im Heim zusammen leben. Ullrichhof liegt inmitten von Wäldern bei Wilhelmschlag, und nur 15 Minuten vom Damerigsee entfernt. Bei der

Jenseits des Rheins

Ein Stück Herbstromantik

Wer sich unter dem Hunsrück eine rauhe, öde Landschaft vorstellt, der ist falsch beraten. Es gibt da prächtige, bewaldete Höhen und kleine Städtchen und Dörfer, die zum Teil eine große Geschichte aufzuweisen haben. Ruinen, alte Burgen vermitteln ein richtiges Stück vergangenes Mittelalter. Die ganze Landschaft ist eingerahmt von einem einzigen großen Rebentanz; westlich begrenzen die Weintäler der Saar und Ruwer den Hunsrück, südlich ist's die weingegnetete Nahe, östlich der Rhein, und des Hunsrücks Nordhänge sind geziert mit den Weinbergen der Mosel. Von Zell und Treis, von Berncastel, Konz und Merzig, Bacharach, Bingen, von Kreuznach und Schloß Bodelheim erklingen fröhliche Weintriebe zum Hunsrück hinauf. Hat der Kellner im Tal geschäumt, dann löst das Jagdhorn durch die Berge, in denen der Hirsch an der Spitze seines Rudels die Wälder durchzieht.

Besonders lohnend ist eine Wochenendfahrt von Boppard mit der Hunsrückbahn hinauf nach Buchholz, Hallsenbach, Kastellan. An steiler Felswand klettert hier eine der schönsten deutschen Bergbahnen hinauf durch hohe Wälder. Tief unten im Tal rauscht ein Wildbach, Rührtröder klappern und größteste Bergformen bilden eine zackige Silhouette gegen die Vögelhülle des Himmels. Und hat die Bahn die Höhe erklimmt, grünen stille Dörfer mit eigenartigen Kirchtürmen, die im Hunsrück einen besonderen Charakter haben. Schöne Ausgangspunkte für Hunsrückwanderungen im Herbst sind neben Kastellan-Simmern, Hirschfeld, Morbach und Stromberg. Es gibt eine Menge Wanderziele im Hunsrück. So beispielsweise des Rheinlands höchster Berg, den Erbeskopf in der Nähe von Kempfeld, mit seinem hohen Aussichtsturm. Von Idar, Oberstein aus ist die beste Postverbindung dorthin. Und wer im Hunsrück weilt, der gehe auch einmal den Spuren der alten Sarmatenkolonie nach, die die Römer um Rhaden, Söhren angeleitet hatten. Das Dorf Rhaden hat seinen Namen wahr-

scheinlich von dem germanischen Wort „Runa“, und der eigentliche Ursprung des Namens Hunsrück hat nichts mit Hund und Rücken, auch nichts mit Hunnenrücken zu tun, sondern wurzelt höchstwahrscheinlich in dem Begriff der alten fränkischen Honshöfen.

Eine Honshof war eine Art Untergau (Bürgermeisterei), die vielleicht hundert Höfe und Häuser zählte. Der Vorsteher eines solchen Bezirks war der Honne, der mußte „ruogan“, das heißt rächen oder rügen. Der Hunsrück war also wahrscheinlich sehr lange das Land, in dem die Honnen (von dem auch Bad Honnef seinen Namen hat) Recht sprachen. Die fränkische Rechtsitte ließ auch jeden Nachkommen gleichen Anteil an den Hunsrückhöfen. So wurde dort das Kleinbauerntum sehr groß und herrscht heute noch vor.

Weiter sind als Ausflugsorte im Hunsrück zu nennen die alten Burgen der Grafen von Sponheim, wie Dhain, Waldeck, Ehrenburg und Schöneck. Die Ruine Balduin, die Kyburg im Nahegau, Burg Weidenz an den Moselbergen und noch viele andere schöne Winkel. Das alte Kastell Kastellan bietet dem Hunsrückwanderer sehr viel Schenswertes. Hier und da kann man in den abgelegenen Dörfern auch noch die alten Trachten aus selbstgewirktem Zeug sehen. Das ganze Hunsrückerland ist heute mit einem sehr guten Straßennetz durchzogen, so daß der Automobilist bis ins kleinste Dorf gute Fahrt hat. Gerade im Herbst bietet diese Landschaft mit ihren mächtigen buntgefärbten Wäldern viel Reiz. Eine Partie Roblen, Traben-Trarbach, Hirschfeld, Kirn, Kreuznach, Bingen oder Zell an der Mosel, Simmern, Rheinböllen und Bacharach wird dem Naturfreund lange in Erinnerung bleiben. Nicht minder wie im Soon- und Idarwald sind herbstliche Fahrten durch den Hochwald nach Trier, Zell, Türksmühle zu empfehlen. Der Hunsrück, der traurige Schauplatz der Taten des „Schinderhannes“, hat überall seine Reize, und wer stille Herbstromantik sucht, hier findet er sie.

Zwan, der Kater.

Ein heiteres Zwischenpiel gab es in einer Potsdamer Schöffengerichtsitzung. Der Justizwachtmeister rief die zweite Sache auf, die unter dem Namen „Zwan“ lief. Statt des Angeklagten marschierte zuerst ein großer grauer Kater in den Gerichtssaal, der sofort auf das Richterpult ging und sich dort unter dem Stuhl des Vorsitzenden häuslich niederließ. Darob freute sich der ganze Gerichtssaal, bis der Justizwachtmeister den Kater abholte — er war ihm aus seiner Souterrainwohnung nachgelaufen —, die Sache Zwan konnte dann folgen.

Die Ferienheime der „Adese“. Urlaub und Ferien sind in diesem Jahre in vielen Fällen auf den Spätsommer und Herbst verlegt. Die Heime der „Adese“ im Thüringer Wald, im Sächsischen Erzgebirge und der Mark Brandenburg waren im Sommer trotz der Krise stark besucht. Auch im Herbst und Winter sind die Heime für den Besuch geöffnet. Wer noch Ferien in diesem Jahre vor sich hat, verlange den Prospekt der „Adese“. Der Preis pro Person beträgt 3,50 M. bis 4,50 M. je nach dem Heim bei voller Verpflegung. In dem Preis pro Person ist das Bedienungsgeld enthalten. Auskunft erteilt: Allgemeine Deutsche Gesellschaft für Ferien- und Erholungsheime m. b. H., Eich Jena, Marienstraße 4.

Wieder Palais de Danse.

Metropoltheater und Palais de Danse waren früher für Berlin ein Begriff. Einem wechselvollen Schicksal war diese Stätte unterworfen. Immer wieder gab es Fackeltzüge der Vergnügungsbranche, die hier ihr Glück versuchten. Die Zentrumsgeheimnisse Betriebs-Gesell. m. b. H. unter der Direktion Kurt Kösterlich will am 1. Oktober diese historische Tanzstätte zu neuem Leben erwecken. Nicht wie bisher für die oberen Zehntausend, sondern für die Vielen, die gern einmal ausgehen und in netten Räumen bei guter Musik sitzen und tanzen wollen. Für das breite Publikum öffnen sich am 1. Oktober die Türen; am Nachmittag bekommt man ein großes Kaffeegedek für 85 Pf. und am Abend werden alle Getränke bei freiem Eintritt serviert. Als Kapelle ist „Frisco“ mit seiner Musikbande gewonnen worden. Zahlreiche Attraktionen von Welttraj werden ein Unterhaltungsprogramm bieten.

Eine frohe Nachricht bringt die allbekannte Firma Kaisers Kaffeegedek ihren Kunden. Beseitigt die heutige Anleihe, daß Kaisers auch dieses Jahr wieder Weihnachtspartys, die allen Kunden große Vorteile bieten, ausrichtet. Kommt noch hinzu, daß Kaisers vom 29. September bis 8. Oktober doppelte Rabatmarken gibt. Da wird keine Hausfrau verstimmt, gerade jetzt ihr Weihnachtspartys zu holen. Rufen auch Sie diese glückliche Gelegenheit.

Eigenart dieses Kurses ist auch eine teilweise Befreiung möglich. Der Preis beträgt bei guter vollständiger Verpflegung, Wohnung, Licht, Wärme, Schulgeld inbegriffen, 3,50 M. täglich, in ganz besonderen Fällen Ermäßigung. Einige Plätze sind noch frei. Anmeldungen an Volkshochschuleim Ullrichhof, Berlin-Wilhelmschlag.

Der Devisenprozeß des Notars.

Eineinhalb Jahre Gefängnis beantragt.

Im Prozeß gegen den Rechtsanwalt und Notar Dr. Justus Blagauer beantragte der Staatsanwalt wegen Verstoßes gegen die Devisenverordnung 1 Jahr 6 Monate Gefängnis und 10.000 M. Geldstrafe. Der Verteidiger des Angeklagten, Rechtsanwalt Eggodczinski, widersprach dem Ankläger; es sei überhaupt nicht erwiesen, daß Dr. Blagauer's Auftraggeber ein Ausländer sei. Im übrigen könne höchstens Behälde vorliegen. Das Urteil wird erst heute gefällt werden.

Das Antlitz der Weltwirtschaft.

Die Arbeiterbildungsschule in Gemeinschaft mit der Berliner Gewerkschaftsschule und dem Deutschen Freidenkertverband veranstalteten in der Zeit vom Montag, dem 3. Oktober 1932 bis einschließlich Freitag, dem 7. Oktober 1932 im großen Saal des Lehrervereinshauses, Alexanderstraße 41, eine Vortragswoche, in der der bekannte sozialistische Dichter, Philosoph und Leiter der österreichischen Arbeiterbildungsschule, Luitpold Stern aus Wien, an fünf hintereinandertagenden Abenden über: „Das Antlitz der Weltwirtschaft“ sprach wird. Die Vorträge sind jeder in sich abgeschlossen, alle fünf aber geben im Zusammenhang das Bild der Weltwirtschaft; sie werden belebt durch Lichtbilder, Schallfilme und Schallplatten. Der Eintritt kostet: für einen Vortragsabend 25 Pf. für fünf Vortragsabende (Sammelkarte) 1 M. Kartenvorverkaufsstellen: Büro der Arbeiterbildungsschule, Lindenstr. 3, 2. Hof II, Zimmer 9; Buchhandlung Diep, Lindenstr. 2; Büro des Deutschen Freidenkertverbandes, Oranienstr. 41; Büro der Berliner Gewerkschaftsschule, Gewerkschaftshaus, Engelstr. 24/25, und bei den Partei-, Gewerkschafts- und Freidenkerverbänden.

Strafbarer Leichtsinns . . .

Durch unverantwortlichen Leichtsinns im Umgang mit Benzin sind in der vergangenen Woche drei Frauen schwer verletzt worden, zwei Frauen sind an den Folgen gestorben. Bei brennendem Badewannen reinigten Frau B. und Frau St. im Badezimmer ein Kleid. Die unausbleibliche Folge trat auch ein, die Benzingase entzündeten sich, explodierten und setzten auch die Kleider der Frauen in Brand. Ihren schweren Brandwunden sind sie dann im Krankenhaus erlegen. Ähnlich erging es Frau H. aus Berlin-Tempelhof, die bei offener Flamme auf dem Gasherd in der Küche einen Anzug reinigte.

Obwohl es allmählich jedes Kind wissen mußte, daß es lebensgefährlich, ja geradezu selbstmörderisch ist, Benzin zum Feueranmachen zu verwenden, melden die Zeitungen auch hierüber fast täglich Unfälle, die auf derartigen Leichtsinns zurückzuführen sind. Zur Aufklärung vor viele, die es trotz aller Hinweise noch nicht wissen sollten, sei hier noch einmal erwähnt, daß Benzingefäße nicht in Räume mit Feuerungsstellen gehören. Die kleinen Flaschen für den Bedarf der Hausfrau im Haushalt sind stets verschlossen zu halten, da das Benzin sehr schnell Gase entwickelt, die, da sie schwerer als Luft sind, auf dem Boden entlang kriechen und naturgemäß von dem Luftzug jeder Flamme angezogen werden und dann zu den so gefürchteten Explosionen führen. Ein Luftgasgemisch von 2,5 Teilen Benzingas und 97,5 Teilen Luft kann schon — durch irgendeine Flamme oder einen elektrischen Funken zur Entzündung gebracht — zur Explosion führen.

Abendkurse in der Beuth-Schule. Die Beuth-Schule am Zeppelinplatz führt seit der im April dieses Jahres erfolgten Vereinigung mit der Städtischen Gewerkschaft Charlottenburg deren metallgewerbliche Abendkurse weiter. Das Wintersemester beginnt am 10. Oktober 1932. Die reich ausgestatteten Laboratorien und Werkstätten der staatlich anerkannten „Höheren Technischen Lehranstalt“ stehen auch den Abendbesuchern zur Verfügung und sichern den jungen Maschinenbauern, Werkzeugmachern, Mechanikern und Elektrikern eine gebiegene technische Ausbildung.

Die Silberne Hochzeit beging gestern der Stadtbezirksrat Ernst Krüger, Rixdamm, Ostindische Str. 2.

Gen. Agnes Jahrendorf dankt allen, die ihrer aus Anlaß ihres 80. Geburtstag gedacht haben.

Wetterausblick für Berlin: Beständiges Herbstwetter, meist heiter, nachts recht kühl, am Tage mäßig warm. — Für Deutschland: In der südlichen Reichshälfte Bewölkungszunahme, sonst überall heiter, Temperaturen im ganzen wenig verändert.

Erstklassige Qualitäten

	Liter	1/2 Fl.
Feinster Weinbrand-Verschnitt ***	2.85	2.25
Reiner deutscher Weinbrand ***	3.80	2.95
Feinster Jamalka-Rum-Verschnitt	3.70	2.90
Pa. Nordh. Branntw. u. Richtenberger ca. 32% ^o	2.25	1.85
Extra prima Getreidekorn 40% ^o	3.20	2.50
Prima Edelliköre, alle Sorten	2.45	
Prima deutscher Wermut „Triestine“	0.85	0.70
Original ital. Vino Vermouth	1.15	0.95
Original süße Südweine	1.20	0.95
Original spanischer Rotwein	1.00	0.80
Echte weiße, süße und rote Bordeauxweine	—	1.50
Prima deutsche Weißweine	0.60	0.50

bei Preise exkl. Glas

Extra-Angebot „1925-30 Tischweine“ nur 0.80
Prima Dessertobstweine, süß Liter von 0.70 an
Erstklassige Fruchtsäfte, ganz rein Liter 1.30—1.45

- Ausschank vom Faß vom kleinsten Quantum ab
Kostproben gratis in allen mit * versehenen Geschäften
- *N. Brunnenstraße 42
 - *N. Müllerstraße 144
 - *N. Chausseestraße 76
 - O. Koppenstr. 37
 - *N. Prenzlauer Allee 50
 - *N. Schivelbeiner Str. 6
 - *O. Petersburger Str. 42
 - *SO. Grünauer Str. 15
 - *SO. Köpenicker Str. 121
 - *SW. Bergmannstr. 11
 - *W. Martin-Luther-Str. 66
 - *Steglitz: Schloßstr. 121
 - *NW. Gotzkowskystr. 31
 - *NW. Wilsnacker Str. 25
 - *Charlottenburg: Wilmersdorfer Str. 157
 - *Neukölln: Berliner Str. 12, Hermannstraße 27 und Bergstr. 66
 - *Schöneberg: Kolonnenstraße 7
 - *Oberschöneweide: Wilhelmshofstr. 40
 - *Spandau: Potsdamer Straße 23
 - *Weißensee: Berliner Allee 247
 - *Tempelhof: Berliner Straße 152
 - *Pankow: Wollankstr. 98
 - *Lichtenberg: Wismarplatz 1
 - Reinickendorf: Markstr. 45
 - Schmargendorf: Berkaer Straße 5
 - Potsdam: Charlottenstraße 69
 - *Oranienburg: Berliner Straße 1

Eduard Süßkind

Die Steuergutscheine.

Durchführungsbefimmungen zur Notverordnung.

Die Durchführungsbefimmungen zu der Papenschen Verordnung über die Steuergutscheine werden am Donnerstag im Reichsgesetzblatt veröffentlicht. Die Steuergutscheine, die das Kernstück der wirtschaftspolitischen Notverordnung vom 4. September bilden, werden ausgehändigt für Steuerzahlungen und für Mehrbeschäftigung.

Steuergutscheine für Steuerzahlungen erhält nur, wer im Inland seinen Wohnsitz oder sonst unbeschränkt steuerpflichtig für Einkommen- und Körperschaftsteuern ist. Unter der Voraussetzung, daß es sich

um Steuern handelt, die in der Zeit vom 1. Oktober 1932 bis zum 30. September 1933 fällig und entrichtet werden,

werden Steuergutscheine ausgegeben für die Zahlung von Umsatzsteuer, Gewerbesteuer, Grundsteuer und Beförderungsteuer. Es gibt also keine Gutscheine für Steuern, die vor dem 1. Oktober d. J. fällig werden, bzw. für Steuern, die erst nach dem 30. September 1933 bezahlt werden. Eine Ausnahme ist nur für die Land- und Forstwirtschaft gemacht worden, da diese erst nach der Ernteerwertung im Herbst ihre Steuern zahlt. Diese Einschränkung bei den landwirtschaftlichen Steuerzahlern hat sich wohl deswegen als notwendig erwiesen, weil man in der Wilhelmstraße genau weiß, daß die Steuerzahlungen und der Verzug von Steuerzahlungen in der ganzen Landwirtschaft einen geradezu ungeheuerlichen Umfang angenommen hat. Andersfalls würde hier kaum ein Mensch als Bezahler von Steuergutscheinen in Frage kommen.

Bei der Beförderungsteuer werden die Steuergutscheine in voller Höhe gewährt, bei den übrigen drei Steuerarten in Höhe von 40 Prozent.

Die viel kritisierten Steuergutscheine für Mehrbeschäftigung werden nicht nur ausgegeben, wenn die Arbeit vermehrt wird und deshalb mehr Arbeitnehmer beschäftigt werden, sondern auch dann, wenn die Arbeit gestreckt und auf eine größere Zahl von Arbeitern verteilt wird.

Als Vergleichsabschnitt für die Mehrbeschäftigung gelten grundsätzlich die Monate Juni bis August 1932 unter Zugrundelegung der Durchschnittszahl der Belegschaft. Bei Saisonbetrieben gilt als Vergleichsabschnitt das entsprechende Kalendervierteljahr des vorhergehenden Jahres. Mehrbeschäftigte Arbeitnehmer sind dann nicht

mitzuzählen, wenn sie nicht mindestens vierzig Stunden in der Woche arbeiten. Nur wenn die durchschnittliche Arbeitszeit des Betriebes kürzer ist, genügt auch diese, jedoch darf sie 24 Stunden in der Woche nicht unterschreiten. Ferner muß der Lohn der eingestellten Arbeiter, wenn sie für die Steuergutscheine angerechnet werden sollen, den für den Betrieb geltenden Tariflohn oder mangels eines solcher dem Ortslohn mindestens entsprechen. Der Betrag, der für die Mehrbeschäftigung eines Arbeitnehmers pro Quartal gewährt wird, beläuft sich grundsätzlich auf 100 Mark. Wird die Belegschaft verdoppelt, so mindert sich der Betrag bei dem Unternehmen mit mehr als 50 Arbeitnehmern auf 50 Mark. Der Steuergutscheinbetrag darf die Hälfte der durchschnittlichen Lohnhöhe nicht übersteigen, die auf einen Arbeitnehmer des Betriebes in einem Quartal der Mehrbeschäftigung entfällt. Die öffentlichen Betriebe werden im Zeichen der Repriorisierung unter Ausnahmestellung gestellt und erhalten für Mehreinstellungen bis auf weiteres keine Prämien.

Anträge auf Gewährung von Gutscheinen für Mehrbeschäftigung können bei den Finanzämtern erstmalig im Januar 1933 gestellt werden. Da die Regierung wohl selbst eingesehen hat, daß bei dieser Aktion der Ausgabe von Steuergutscheinen

dem Mißbrauch Tür und Tor geöffnet

sind, werden diejenigen, die unrichtige Angaben zur Erlangung von Steuergutscheinen machen oder sich solche auf andere Weise erschleichen, wegen Betruges oder Steuerhinterziehung auf Grund der allgemeinen Strafgesetze belangt werden.

Die Stückelung der Gutscheine geht bis 2000 Mark höchstens und niedrigstens bis zu 10 Mark. Die Stücke lauten auf den Inhaber. Sie werden in den Rechnungsjahren 1934—1938 auf alle Reichssteuern mit Ausnahme der Einkommen- und Körperschaftsteuern in Anrechnung genommen. Die Steuergutscheine sind lohnfähig und von der Körperschaftsteuer befreit.

Bei allen in Frage kommenden Empfängern von diesen Gutscheinen gilt die Ausgabe dieser Scheine als steuerpflichtiges Einkommen. Da der Steuerpflichtige dieses Einkommen aber erst 1934 bis 1938 zur Steueranrechnung verwendet, wird im Ausgabejahr für die Steuerberechnung das Einkommen, das auf die Steuergutscheine entfällt, statt mit einem vollen Kurswert nur mit einem Fünftel angerechnet.

Uebrigens ist für die Subventionspraxis der Regierung recht bezeichnend, daß sie die 12 Millionen Mark gar nicht zur Verfügung hat. Sie werden vorläufig durch einen Wechselkredit bei sechs Großbanken aufgebracht; die Wechsel wird das Reich im Haushaltsjahr 1933 einlösen, also frühestens nach sechs Monaten. Inzwischen münden auch diese reinen Finanzwechsel zur Reichsbank, die den Banken den Diskont bereits zugefagt hat. Auf Umwegen wird also wie bei allen Aktionen der Regierung auch hier die Reichsbank vorgepannt. Endlich haben sich auch die Reichsstellen veranlaßt gesehen, ihre optimistischen Schätzungen über die Beschäftigungsmöglichkeiten bei der Umradung der 400 000 Tonnen Schiffsraum zu korrigieren. Man rechnet jetzt nur noch mit einer Beschäftigung von 1000 bis 1500 Arbeitern auf anderthalb Jahre!

Triumph der Befitzerhaltung.

Das Glanzstück der Notverordnung.

Die vom Reichspräsidenten am Dienstag unterzeichnete Notverordnung sieht in ihrem vierten Kernstück für die Landwirtschaft eine Neuordnung des Vollstreckungsschutzes und die Schaffung eines Vermittlungsverfahrens vor.

Soweit das Vermittlungsverfahren in Frage kommt, will man eine Regelung einschalten, wonach dieses Verfahren beim Amtsgericht eröffnet werden kann. Zweck des Verfahrens soll sein, zwischen Gläubiger und Schuldner einen Ausgleich herbeizuführen. Während der Dauer des Verfahrens ist der Schuldner vor Zugriffen auf sein Grundstück geschützt. Im übrigen ist ein Schuldenregelungsplan aufzustellen, der auch gegen eine widerprechende Minderheit zur Annahme gelangt, wenn er die Zustimmung von zwei Dritteln der ungesicherten Gläubiger erhält. Unter diese ungesicherten Gläubiger fallen auch die Hypothekengläubiger, deren Forderung den Wert des Grundstückes übersteigt. Damit wird zweifellos für die Landwirtschaft ein Sonderrecht geschaffen. Das muß zur Folge haben, daß in Zukunft kein Mensch mehr der Landwirtschaft Kredite geben wird, denn über dem landwirtschaftlichen Kapitalmarkt steht in großen Lettern geschrieben: **Beh Dir, daß Du ein Gläubiger bist!** Der Kreditmarkt der gesamten Landwirtschaft wird jetzt in der gleichen Weise verunstaltet werden, wie das bereits im Zusammenhang mit der Döhlungsverordnung vom November vorigen Jahres in der ostdeutschen Landwirtschaft geschehen ist.

Nach katastrophaler muß sich der oben erwähnte Vollstreckungsschutz auswirken. Obwohl die Erfahrung mit dem Vollstreckungsschutz von 1930, der feinerzeit aufgehoben wurde, um die Kreditversorgung der Landwirtschaft nicht vollends in Frage zu stellen, die Regierung eines besseren belehren müßte, will man jetzt einen neuen Vollstreckungsschutz einführen, falls der Landwirt die Zinsen für die erste Hypothek nicht zahlt. Die Durchführung wird von besonderen Voraussetzungen abhängig gemacht. Voraussetzungen sind, wenn der Landwirt die Zinsen infolge Unwetters oder Viehseuchen nicht aufbringen kann oder wenn die Preise wichtiger Verkaufsprodukte hinter dem allgemeinen Stand der Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse zurückgeblieben sind. Die ersten beiden Voraussetzungen, Unwetter und Viehseuchen, kann man gutheißen und billigen. Falls man sich aber entschließt, den Vollstreckungsschutz von Preisverhältnissen abhängig zu machen, ist das mehr als bedenklich. Schließlich kann jeder nachweisen, daß der Ertrag seiner Arbeit unter dem üblichen Preisniveau liegt. Der größte Teil der deutschen Arbeiterbevölkerung kann das hinsichtlich des Lohnes, der doch nur der Preis für die Ware Arbeitskraft ist, schon seit langem. Kein Mensch aber hat hier an Vollstreckungsschutz gedacht, der hier sicherlich am angebrachten ist.

Kein voller Erfolg.

Das Ergebnis der französischen Rentenkonzersion.

Nach dem überraschend günstigen Ausgang des englischen Beispiels ist auch die französische Regierung darangegangen, eine niedrigere Verzinsung der Staatsanleihen durchzusetzen. Alle französischen Staatsrenten, die bisher zu 5, 6 und 7 Proz. verzinstlich waren, werden in ein 4½prozentiges Papier umgewandelt. Betroffen sind von dieser Operation mehr als die Hälfte aller französischen Staatsanleihen, nämlich 85 Milliarden Franken (14 Milliarden Mark) von insgesamt 150 Milliarden Franken.

Obwohl die Lage des französischen Geld- und Kapitalmarktes weitaus günstiger als die des englischen ist, obwohl die Zinsreduktion — in England von 5 auf 3½ Proz., in Frankreich von durchschnittlich 5½ auf 4½ Proz. — nicht so scharf wie in England angelegt war, ist der Erfolg nicht so groß wie in England, wo es sich außerdem um das Risiko eines viel größeren Betrages (etwa 30 Milliarden Mark) handelte. Der französische Rentner hat eben doch eine andere Mentalität als der englische Staatsbürger. Obwohl die Zinsherabsetzung automatisch stattfand, wenn nicht binnen 6 Tagen (in England binnen drei Monaten!) ausdrücklich die Rückzahlung in bar verlangt wurde, so ist doch dieses Verlangen für vier Milliarden Franken, für etwa 5 Prozent des Gesamtbetrages gestellt worden. Wenn auch das Prozentverhältnis dem englischen entspricht, so muß man doch bedenken, daß dem französischen Rentner viel günstigere Bedingungen eingeräumt waren.

Das Ergebnis wird auch in offiziellen französischen Kreisen nicht als günstig empfunden, wenn auch die geforderte Rückzahlung ohne besondere Schwierigkeiten zu bewerkstelligen sein wird. Die autonome Amortisationskasse für Staatsanleihen hat allein einen Kassenbestand von 3,5 Milliarden Franken, der zur Hälfte für die Rückzahlung herangezogen werden soll. Den Restbetrag wird die französische Regierung durch Ausgabe von Schatzwechseln un schwer von den Banken erhalten. Die Ersparnis im französischen Haushalt wird auf etwa 1 Milliarde Franken (160 Mill. Mark) gegen 450 Mill. Mark in England) veranschlagt. Interessant ist nach, daß die französischen Banken an diesem Geschäft mehrere hundert Millionen Franken verdienen werden, da sie für die zur Umwandlung angemeldeten Beträge eine Provision von ¼ Prozent vom Nominalbetrag erhalten, ein Satz, der in der Kammer erregte Debatten herbeigeführt hatte. Alles in allem scheint das französische Ergebnis nicht geeignet, das Vertrauen in die internationalen Kapitalmärkte, das durch die englische Konversion erheblich gestärkt worden war, wesentlich zu heben.

Berliner Bankenverschmelzung.

Jacob Goldschmidts Gründerfirma verschwindet.

In Berlin hat es eine neue Bankfusion gegeben, und zwar wird das Bankhaus E. J. Meyer die Schwarz, Goldschmidt u. Co. aufnehmen. Beide Banken waren besonders im Effektengeschäft tätig. Das neue Institut soll sich vor allem ebenfalls im

Effektengeschäft versuchen. Große Bedeutung haben beide Institute schon seit längerer Zeit nicht mehr gehabt.

Ob es den neuen Leitern gelingen wird, dem Unternehmen wieder Blut einzuflöhen, muß man abwarten. Ueber die Dresdner Bank, die vom Reich kontrolliert wird, ist das Reich an der neuen Bankfusion beteiligt. Die Schwarz, Goldschmidt u. Co. gehörte zum Interessentenkreis der ehemaligen Danabank, da Jakob Goldschmidt ein Mitbegründer dieses Bankhauses ist. Mit der Danobank kam das Unternehmen an die Dresdner Bank. Die Kommanditeinlage bei der Schwarz, Goldschmidt u. Co. in Höhe von 3 Millionen Mark dürfte schon während der Bankkrise im vorigen Jahr verlorengegangen sein. Außerdem dürfte Schwarz, Goldschmidt noch sonstige Zuschüsse gekostet haben.

Endlich Klarheit!

Die Schiffsahrts-Subventionen belaufen sich auf 35 Mill. M.

Als zu Anfang dieses Jahres gemeldet wurde, daß das Reich den deutschen Reedereien Millionenbeträge aus Steuermitteln als verlorenen Zuschuß glatt geschenkt habe, da arbeitete der Dementierapparat wieder einmal sehr geräuschvoll: es handelte sich um Kredite, die unter Reichsbürgerschaft gegeben und selbstverständlich zurückgezahlt seien. Natürlich mußten die „Kredite“ am Fälligkeitstage, am 1. April, verlängert werden. Mehr war nicht zu erfahren; die Öffentlichkeit sollte sich bei diesen Mitteilungen beruhigen.

Jetzt meldet das offiziöse Wolffsche Telegraphenbüro plötzlich, daß die Meldung, den Reedereien sei ein Betrag von 23 Millionen Mark als fonds perdu (als verlorenen Zuschuß) in Aussicht gestellt worden, in „dieser Form unrichtig“ (!) sei. Dieser Betrag sei „offengehalten“ worden; es habe sich gezeigt, daß „dieser Betrag tatsächlich nicht in Anspruch genommen zu werden braucht“. Dieser Betrag nicht? Der beanspruchte Betrag wird nicht sehr viel geringer sein! Es ist kein Zweifel, daß es sich dabei um die je 8 Millionen Mark für Hapag und Lloyd und die je 1,5 Millionen Mark für Hamburg-Süd und Hanfa handelt, nebst einigen Beträgen für die Trampreederei. Diese „Kredite“ sind also inzwischen in verlorene Zuschüsse umgewandelt worden, wie ja von Anfang an nicht anders zu erwarten war.

Zu diesen nicht ganz 23 Millionen Mark kommen noch die 12 Millionen Mark Abwrackbeihilfe. Für sie hat man die Kennzeichnung gefunden, daß sie „nicht als Darlehen, aber auch nicht als schlechthin verlorener Zuschuß“ gegeben wurden. Ein feiner, aber recht schwieriger Unterschied! Tatsächlich erhalten die Reeder die Zuschüsse (30 Mark pro Tonne abzurückenden Schiffsraums) ohne Rückzahlungsverpflichtung. Wenn aber die Reeder in späteren Jahren nach Vornahme normaler Abschreibungen und Reservenbildung Reingewinne erzielen sollten, dann sollen sie einen Teil (!) zurückzahlen. Diese Frage wird frühestens im Jahre 1935 akut. Man muß schon so optimistisch wie die Reichsregierung sein, um ernsthaft an eine Honorierung dieses „Besserungsscheins“ glauben zu können.

320 000 Mark für vier Direktoren.

„Anpassung an die Armut der Nation.“

Die Kawak u. Grünfeld A.-G. Charlottenburg, eine zum Konzern der Metallgesellschaft, Frankfurt, gehörige Erz- und Eisenhandelsfirma, weiß für das Geschäftsjahr 1931 bei 7,5 Millionen Mark Kapital einen Verlust von 2,9 Millionen Mark aus, der nach Auflösung der gesetzlichen Reserve (0,8 Millionen) mit 2 Millionen Mark vorgetragen wird. Im Vorjahr wurde noch eine Dividende von 8 Proz. verteilt.

Dieser Verlust ist weniger im eigentlichen Handelsgeschäft als bei den Beteiligungen entstanden. Zwar brachte auch der Erzhandel Verluste, weil sein Umsatz von 4,3 Millionen Tonnen im Jahre 1929 auf 2,2 Millionen Tonnen im Jahre 1931 zurückging, weil vor allem die meisten schwerindustriellen Werte nicht die abgesetzten Mengen abnahmen, so daß die wachsenden Lagerbestände hohe Zinsen frahen. Aber der Handel mit Russland dehnte sich aus, und für obereschleisches Kobalt und für das deutsche Ferromangan-Eisen erhielt die Gesellschaft das alleinige Verkaufsrecht. Aber die beträchtlichen Beteiligungen am Hochofenwerk Lübeck und an der Norddeutsche Hütte A.-G. (Kapitalherabsetzung 2 zu 1 bereits beschlossen) sind mit 100 Proz. in die Bilanz, alle Beteiligungen mit insgesamt 8,8 Millionen Mark eingesetzt worden. Auf sie wurden 1,8 Millionen Mark, und auf zweifelhafte Forderungen aus der Handelsgesellschaft 0,9 Millionen Mark zurückgestellt.

Trotz des hohen Verlustes, trotz erheblichem Abbau von Agestellen (und sicher starkem Gehälterabbau!) scheint man bei der Leitung eine „Anpassung an die Armut der Nation“ nicht für nötig zu halten. Vorstand und Aufsichtsrat zusammen erhielten 358 000 Mark. Rechnet man auf den Aufsichtsrat (keine Lantime wegen des Verlustes) 38 000 Mark, so bleiben für die vier Vorstandsmitglieder 320 000 Mark, das macht pro Kopf 80 000 Mark! Wird der Schlichter, der in „notleidenden“ Betrieben einen Lohnabbau diktiert, auch die Vorstandsgehälter auf ein erträgliches Maß herabsetzen?

Wir geben doppelten Rabatt

von Donnerstag, 29. Sept. bis Montag, 3. Okt. auf alle Waren (wenige Artikel ausgenommen)!

Verlangen Sie jetzt ein Weihnachts-Sparbuch,

dann nutzen Sie den doppelten Rabatt doppelt aus. Die grossen Vorteile, die unser Weihnachtssparbuch auch dieses Jahr wieder bietet, ersehen Sie aus den Prospekten, die Sie in unseren Filialen erhalten.



KAISER'S KAFFEE GESCHÄFT



100%

IRMGARD KEUN: Gilgi eine von uns

Wunderliche kleine Lokale . . . „Aee, Martin, komm — essen kann man hier nicht — die kalten Koteletts, die stehen sicher schon 'n halbes Jahr in der Auslage — wenn du dann reingehst und was bestellst, werden sie aus dem Fenster genommen und mit dem Wischlappen abgestaubt und . . .“

„Du kannst eine negative Phantasie entwickeln, Gilgichen!“

Krumm gezogene, altersschwache Häuser, Miniaturgeschäfte, Ladenscheiben nicht größer als ein Kopfstück. Dahinter zusammengepfercht alte Kleider und Anzüge, Schokoladentafeln, so alt wie ein Joghurt-Keil, Bulgare, Uhren, die ein heiliges Gelübde abgelegt haben, nicht zu gehen, Gitarren, Kindertrompeten . . . Himioben steht als Name über einer Tür. „Himioben“, sagt Martin verzückt — „Himioben — so ein wunderbarer Name. Gilgichen, einer Stadt, in der jemand so heißt, kann ich einfach nicht ganz böse sein.“ Und hat eine Vision von einem wunderschönen, geheimnisvollen Judenmädchen mit schwarzen Locken und sanften Wandaugen und zauberhaften Wimpern — erfindet gleich eine abenteuerliche Geschichte, bringt schon komische Sachen fertig, der Martin — steht man vor einem vermaackelten, einsturzgefährlichen Häuschen im schäblichsten Viertel von Köln und fühlt sich wie eingeklemmt zwischen zwei Seiten des alten Testaments — vage Vorstellung: sieben Jahr warten — was mit Kornfeld und Lehrenlesen und — wo du hingehst, da will ich auch hingehn . . .

„Na, gehn wir rein und sehn uns das schöne Judenmädchen an“, schlägt Gilgi vor und ist ganz neugierig geworden. Und nachher war's ein vermißtes fuchsiges Kerlchen, das wie'n Stehaufmännchen hinterm krambepackten Ladentisch aufschloß — vom schönen Judenmädchen keine Spur. Und Martin hat ein Paar Hosenträger gekauft — lila mit grasgrünen Tupfen, und Gilgi findet, daß eine verlorene Illusion mit 75 Pfennig immer noch zu teuer bezahlt ist. — „Darum bleibt der Name doch schön und die Vorstellung auch — aber die Hosenträger werd' ich nicht tragen.“

Das hätte auch gerade noch gefehlt! — Gilgi wirft das Päckchen von der Hohenzollernbrücke aus hinunter in den Rhein — „da kann's in die Nordsee schwimmen und von 'ner Flunder gefressen werden.“ Also, Martin, ich könnt's ja vielleicht meinem Mann verzeihen, wenn er mir mal eine langte — aber wenn er mir mit Hosenträgern unter die Augen käme, wär's aus.“

„Frauen, die derart hohe ästhetische Anforderungen an den Mann stellen, haben eine laze Moral.“ — Bitte fall' nicht in den Rhein, Gilgi — vor Ende April ist's mir zu kalt zum Nachspringen.“

Und man sieht Bilder an, hört Konzerte. Im langen schwarzen Spitzenkleid sitzt Gilgi im großen Gürzenschlaal. Versucht ein stillvoll interessiert Gesicht zu machen und hängt doch immer wieder mit den Augen an Martins hartem, gerecktem Profil. Hört Klänge, die langweilig sind, und hat große Lust, Martin einen Kuß zu geben. Hört Klänge, die ihr gefallen, und bekommt noch größere Lust, Martin zu küssen. Und kann's gar nicht leiden, daß er nun mit was anderem beschäftigt ist als mit ihr, muß wenigstens einmal in sein Haar fassen. Will, daß er über irgendwas mit ihr lachen soll, ihr schnell mal sagen, warum manche Leute so blöde Gesichter und geschlossene Augen haben, wenn sie Musik hören — und nebenan sitzt ein dicker Mann, der atmet so laut im Takt der Musik, daß es beinahe wie Schnarchen klingt . . . Piffst machts in der Reihe hinter ihnen. Wie gereizte Kobraschlangen! „Bitte Martin, sag' nur noch schnell, ob das Kobraschlangen sind, die so zischen — schischsch — wie'n Gartenschlauch, aus dem man die Luft läßt.“

Literatur, Musik, Malerei — ist so eine Sache mit der Kunst. Was dem einen sein Hubermann — bleibt dem andern sein Dajos

Bela, was dem einen sein Rembrandt ist — ist dem andern sein Abeking. Was will man da machen? It's a long way to Tipperary it's a long way to . . . there . . .

So schlendert man durch die Tage — verspielt, verliebt, tut die tausend dummen Dinge, die Nichtstun heißen. Denkt wenig an morgen, gar nicht an übermorgen. Und nur wenn früh um sieben — aus alter Gewohnheit — der Schlaf sich wie ein zweiseitiger Vorhang auseinander schiebt, fühlt Gilgi im kurzen Nachsein ein leises kleines Bohren von schlechtem Gewissen.

Einmal kommt Olga für kurze Zeit. Ist bestürzt und verwundert und gar nicht einverstanden mit der Veränderung in Gilgis Leben. Und hat doch früher immer ganz anders gesprochen. —

„Alles schön und gut, Gilgichen, kleiner Lammhäuser in der Westentasche — aber was machst du für Dummdinge! So ein kompaktes, konzentriertes Zusammenleben kann doch nicht gut gehn auf die Dauer. Gilgi — du — hör' doch!“ Hat ganz gläserne Augen,

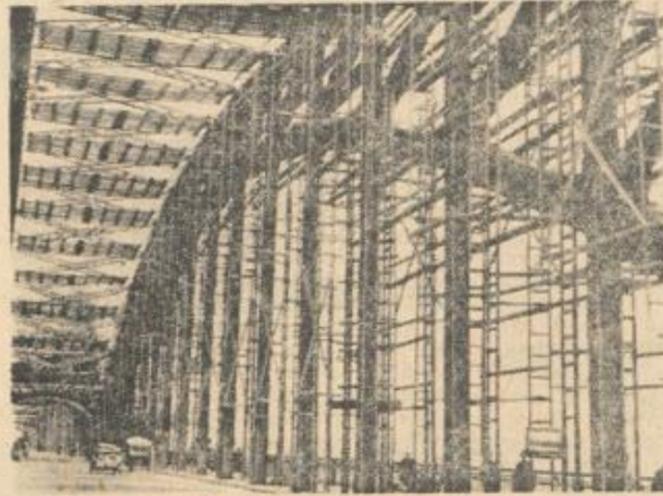
das Mädel. „Mußt doch wissen, was du willst! Wenn du so weiter machst, hat er dich satt eines Tages — oder du ihn. Dummes Ding du — erst führst du dich auf wie 'ne kleinbürgerliche Ehefrau, dienende

— Und eines Tages wirst du sehn, daß der arme Mann dir unmöglich gleiches mit gleichem vergelten kann, und dann bist du's, die ihm ihre eigenen Dummdinge nicht verzeiht. Sind immer nur die eigenen Fehler, die man anderen übelnimmt . . .“

„Was — soll — ich — denn tun? — Ich weiß, Olga, alles ist falsch, was ich mache. Ich find' nicht mehr durch. Alles durcheinander in mir — weiß nicht mehr, was ich will — was soll ich denn tun?“

„Nicht dein Leben auf ihn aufbauen, nicht alles auf eine Karte setzen. Wie müde du aussiehst! Du brauchst deine Arbeit und auch deine Selbständigkeit, du.“

„Hör' auf, Olga, hör' auf — meine Gedanken gehn da nicht mehr mit.“



Die Hohenzollernbrücke

Martha — das verträgt doch kein Mann, plötzlich zu entdecken, daß er einer Frau zu Dank verpflichtet ist. Na, und jetzt — gibst alles auf, fühlst dich natürlich nicht wohl in deiner Haut. Gott, warum nicht mal hemmungslos sein! Aber gleich so reiflos auf seine ganzen früheren Interessen verzichten!

Sieht mitten im Zimmer, die Kleine, hält sich die Hände vor die Ohren — was soll ich denn tun? Sinkt, fällt, schreit — „Ich will einen Menschen, einen, einen — gehöre nirgends hin — warum gerade den einen? Weiß ich ja nicht — aber ich will ihn — haben — behalten will, will, will . . .“ (Fortf. folgt.)

Martin H. Knapp: Die Beleidigung

Es war fünf Minuten vor Schluß der Bank in einer kleinen Stadt. Da trat ein Mann, dessen Manteltrager hoch hinaufgeschlagen war, mit einer Reisetasche in der Hand in das Bankhaus.

Das Haupttor war bereits geschlossen, aber innen waren zwei Fenster noch hell erleuchtet, und von der Straße aus konnte man dahinter sich Schatten bewegen sehen. Der Mann klopfte an die Tür, sie wurde geöffnet.

„Ich möchte um eine Gefälligkeit bitten“, sagte der Fremde zum Beamten, der vor ihm stand. „Ich habe hier eine Bankpostanweisung und möchte sie, wenn es irgendwie geht, noch ausgezahlt bekommen.“

„Wir haben schon geschlossen“, war die Antwort.

„Na, aber ich bitte eben um eine Vergünstigung, ich muß verreisen“, bat der Fremde.

„Ich werde den Kassierer fragen“, sagte der Beamte und trat von der Tür zurück. Der Fremde folgte ihm ins Zimmer. Vor einem Schalter, hinter dem ein grauhaariger, kleiner Mann lag, berichtete der Beamte: „Dieser Herr wünscht heute noch einen Postcheck einzulösen.“

„Schicken Sie ihn zum Posthalter, vielleicht haben sie dort noch nicht geschlossen“, antwortete der graue, kleine Herr, ohne aufzusehen.

„Von dort komme ich eben, sie haben mich geschickt“, lächelte der Fremde. „Sie sagten, sie hätten kein Geld mehr zur Verfügung, was natürlich eine Ausrede ist. Auf der Post in einer kleinen Stadt machen es sich die Leute immer besonders bequem, da ist man froh, die kleinste Arbeit einem anderen zuzuschieben.“

„Wie groß ist der Scheck?“ fragte Herr Hopkins, der kleine Herr.

„Ach, nur hundert Dollar. Sie mühten sich eigentlich keinen, ich pflege sehr oft in Geschäften hier durchzureisen. Mein Name ist Jarvis.“

„Kann mich nicht erinnern“, sagte Herr Hopkins und setzte seinen Zwicker auf, um den Scheck zu prüfen. In diesem Augenblick fragte eine junge Frau mit großen, runden Augengläsern, die im Büro unweit Herrn Hopkins an einem Schreibtisch gesessen und dem Gespräch zugehört hatte: „Ist heute nichts mehr zu tun?“

„Nein, danke.“ Sie schloß geräuschvoll ihre Schreibmaschine, nahm Hut und Mantel vom Haken, sah den Fremden hochmütig an, sagte „Guten Abend!“ und ging.

„Ich sollte jetzt eigentlich keinerlei Aufträge mehr ausführen“, brummte Herr Hopkins, „aber da Sie verreisen müssen, meinestwegen; der Scheck ist in Ordnung. Unterzeichnen Sie, bitte.“ Dann reichte er Herrn Bert, dem Beamten, der den Fremden eingelassen, den Scheck, um ihn ein Stockwerk höher einzulösen. Herr Bert kam einige Minuten später mit den Geldscheinen zurück, die

er Herrn Hopkins auf den Schreibtisch legte, nahm seinen Hut und Mantel vom Kleiderhaken und ging.

Herr Hopkins wollte die Geldscheine durch das Gitter seines Verchlages dem Fremden reichen . . . und das Blut erstarrte in seinen Adern.

„Ich bitte um äußerster Ruhe“, sagte der Mann, in der Hand einen Revolver, dessen Mündung auf Herrn Hopkins gerichtet war. „Ein Laut bedeutet Ihren Tod. Und öffnen Sie schnell die Tür.“

Der Bankraum in der kleinen Stadt bestand für den öffentlichen Verkehr aus einem einzigen Geheiß, die Schreibtische der Beamten waren nur mit einem kleinen Geländer vom Warteraum getrennt. Der Fremde trat in den Innenraum, seine Augen und den Revolver immer auf Herrn Hopkins gerichtet, ließ sich die Kasse aufsperrern, von der er gewußt haben mußte, daß sie den Wochenlohn des morgigen Zahlungstages enthielt, stopfte alles, was er vorfand, in seine Reisetasche, hielt zum Schluß, als er damit fertig war, Herrn Hopkins ein mit Chloroform getränktes Taschentuch unter die Nase, sagte ihm höflich gute Nacht und bewegte sich mit dem Rücken gegen die Ausgangstür.

Herr Hopkins sank zurück, alles war ruhig und ausgezeichnet gegangen, der Fremde öffnete rasch, sah sich vorsichtig um, ob ihm niemand begegnen würde, und machte unauffälligen Schrittes seinen Wagen erreichen, den er fünfzig Schritte weit hatte stehen lassen. Da kamen ihm ein Mann und ein Mädchen atemlos entgegen, und das Mädchen rief: „Das ist er, Vater, das ist er!“ Der Mann hielt den Fremden an: „Einen Augenblick, wenn ich bitten darf, ich habe mit Ihnen zu sprechen. Sie waren eben auf der Bank und haben auf die Postbeamten geschimpft.“

„Aber, das ist doch nicht der Rede wert“, sagte der Fremde und schob den Mann von sich, um in seinen Wagen zu steigen.

„Oh, das ist sehr der Rede wert“, antwortete würdig Mister Evans. „Die Bemerkung, die Sie sich zu machen erlaubt haben, und die meine Tochter hier gehört hat, enthält eine Beleidigung unseres Standes. Sie haben heute auf der Post keinen Scheck vorgewiesen, den man Ihnen nicht auszahlen wollte; ich war den ganzen Nachmittag im Amt, ich hätte Sie sehen müssen. Wie können Sie solche Lügen ausstreuen? Ja, bin hier der Postmeister und werde Sie zur Verantwortung ziehen.“

Ein Vorübergehender blieb stehen. Zwei andere gestellten sich dazu. „Was ist denn geschähen?“

„Dieser Mann hat die Postverwaltung beleidigt“, schraubte Herr Evans zornfunkelnd. Er packte den Fremden am Armel. „Sie gehen augenblicklich mit mir zu Herrn Hopkins, um der Wahrheit gemäß richtigzustellen, daß Sie nicht mit Ihrem Scheck auf der Post waren.“

Ihr, die ihr die Macht habt!

Hat euch der Selbstmord der Bielen — dieser unendlichen Reihe — noch immer nicht zur Erkenntnis gebracht? Rüttelte der Tod der beiden so opferbereiten Männer in den letzten Tagen nicht euer Gewissen auf? Dehnel und Günselmann, die Tag für Tag um unsern Willen litten — verzweifelnd an der Größe unseres Glucks, an eurer Machtlosigkeit, der Machtlosigkeit eures Mannes, ihr Mächtigen!

Ihr führt ins „Leben“ uns hinein“, in diese schönste der Welten, was aber jeden wir von all der Schönheit in diesem Zustande der Verweilung, in den uns diese niederdrückende Arbeitslosigkeit führt? Selbst die Tiere haben Arbeit, für die jungen, kräftigen Haustiere ist besser gesorgt! Wir müssen umherstehen und durch Gassen schleichen, wo es möglichst grau und öde ist — nur nichts sehen von all den hellen Pöden, in denen es nichts zu laufen gibt für uns, nur nichts sehen von Kinos, in die wir nicht hineingehen können, von Cafés und Restaurants mit lodenden Lichtern und Düften, mit Autos, die vor den Türen glänzen und warten . . . auf die Sotten . . . Ein Wunder, daß sie nicht schon eine Maschine erfinden, die die rauschenden Klänge der Musik vor uns verbergend, nur für jene — Zahlungsfähigen durch — die schönste der Welten“ flutet!

So haben wir denn im Hause herum, ob auch die Hände uns grau und hohläugig anstarrten im ewigen Einerlei unseres zerrissenen Lebens . . . wir sind auch des Nachts noch zum Denken und Grübeln gezwungen . . . wartend, hungrig . . .

Vielleicht müht ihr selber erst dastehen wie wir in qualvollem Leid — am Ufer des Lebens, um — mitzufühlen, um zur Erkenntnis zu kommen: „Nicht mitzufühlen, mitzulieben sind wir da!“

L. E.

Achten Sie auf die grün-weiße Packung mit „Haarglanz“ und der beliebtesten Schaumbrille (offene Augen während des Waschens)

Preis 27 Pf.

SCHWARZKOPF

Blondinen wollen auf blond bleiben!

Aber wenn Sie Ihr Haar sich selbst überlassen, dann verliert es allmählich seinen Glanz und dunkelt nach. Pflegen Sie Ihr Haar deshalb mit Schwarzkopf-Extra-Blond, dem Schaumpon der Blondine, dann bleibt es blond. War es aber bereits nachgedunkelt, so läßt es sich mit Extra-Blond zu jeder gewünschten Nuance wieder auf-

hellen. Extra-Blond liegt zudem der unvergleichliche, weder durch Zitronensaft noch durch Essigbad ersetzbare „Haarglanz“ bei, der das Haar dauernd gesund erhält und blondes Haar doppelt verschönt. Brünette und Dunkle wählen Schwarzkopf-Extra, hell und dunkel mit „Haarglanz“ und Schaumbrille.



SCHWARZKOPF EXTRA-BLOND „Schaumpon der Blondine“

